

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint 6 mal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.- RM monatlich, ohne Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Plots- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstraße 8 a. Postcheckkonto Hannover Nr. 238 44 (Willi Eichler, Berlin S 14, Inselstraße 8 a).

NUMMER 32 B

BERLIN • Sonntag, den 7. Februar 1932

1. JAHRGANG

Soll sich das chinesische Proletariat verteidigen?

Von Minna Specht.

Wir haben gestern von neuem auf die Kriegsgefahr hingewiesen. Wir tun dies im strikten Gegensatz zu der Rechts- und Militärischen Geist in Deutschland anzufachen und dem Gedanken einer „Abrechnung mit dem Gegner“ neue Nahrung zu geben.

Wir sprechen von der Kriegsgefahr, um zu helfen, den Widerstand, den vorbereiteten Widerstand der international organisierten Arbeiter gegen jeden imperialistischen Krieg rechtzeitig zu beleben, um das Ohr zu schärfen für alle Anzeichen, die versteckt oder offen die sich schließende Front der kapitalistischen Großmächte anmelden — der Front gegen China und Rußland; denn um diesen Angriffsplan handelt es sich.

Es gibt heute kein ernsteres Problem als dieses — neben dem der Abwehr des Faschismus innerhalb der Staaten. Wir haben daher gestern Forderungen aufgestellt für ein geschlossenes Vorgehen des Proletariats zum Schutz Chinas und des Arbeiterstaates Sowjet-Rußland. Bloße Appelle an die Regierungen verhalten wirkungslos. Aber riesige einheitliche Kundgebungen der werktätigen Massen aller Länder mit einmütigen Protesten gegen jede moralische, militärische oder finanzielle Unterstützung Japans wären der Anfang eines internationalen Solidaritätsbundes des Proletariats und eine eindringlichere und ungleich wirksamere Warnung an die Regierungen, als alle Vorführungen der beiden Genfer Schaubühnen.

Erst auf Grund dieses Appells an unsere eigenen Kräfte wird die zweite Frage brennend, die uns heute beschäftigen soll: Was raten wir den chinesischen Genossen, die heute den japanischen Angriffen gegenüberstehen, und denen die Hilfe des internationalen Proletariats zur Stunde noch fehlt? Sollen sie die Verteidigung gegen Japan mitaufnehmen, oder sollen sie das Aeußerste anbieten, um eine militärische Abwehr gegen die japanischen Angreifer zu verhindern?

Alle Freunde Chinas begrüßen dessen bisherige Haltung, sich nicht durch eine Kriegserklärung in die Gefahr zu begeben, vor dem Richterstuhl von Völkerbundsjuristen als Angreifer verurteilt zu werden — was schon jetzt versucht wird. Aber diese kluge Vorsicht der Chinesen enthebt uns nicht der Frage: Sollen die Chinesen sich überhaupt nicht wehren oder soll die chinesische Bevölkerung die japanische Armee in China über den Haufen rennen, wo das irgend möglich ist?

Die Chinesen und die Japaner? Wer sind denn das? Gibt es plötzlich eine chinesische Nation, die der japanischen feindlichen Nation gegenübersteht? Schießt nicht in der Regel ein japanischer Soldat, in dessen Uniform ein japanischer Bauer oder Handwerker ist, auf einen chinesischen Kuli? Geht die Front nicht auf der einen Seite von der japanischen Regierung zur Kuomintang-Regierung, die einander jetzt freilich auf Tod und Leben bekämpfen, und steht ihnen nicht die Front der ausgebeuteten japanischen und chinesischen Bevölkerung gegenüber?

Auf diese Frage haben mir Chinesen geantwortet, bei vollem Verständnis für den Ernst jener Frage: „Aber sich nicht wehren, ist völlig unmöglich; alle Chinesen sind bereit, sich bis zum Letzten gegen Japan zu verteidigen!“

Diese Antwort gaben kommunistisch gesinnte Chinesen und Mitglieder des linken Flügels der Kuomintang. Mit weiter rechts stehenden Chinesen habe ich nicht gesprochen. Mit diesen Erklärungen stellten sie nicht nur die Tatsache fest, daß die Abwehrfront in China sich geschlossen hat; sie gaben damit nicht nur der Empörung Ausdruck, die sie selber erfüllte; nein, sie gaben Gründe dafür an, daß ihnen die Verteidigung Chinas gerade im Interesse des Volks als klug und daher dringend geboten erschien.

Seit fast 100 Jahren steht China unter dem Angriff der Fremden. Ob man das chinesische Volk durch Opium vergiftet, ob man es durch Zölle um seinen Handel betrügt, ihm die Freiheit seiner Häfen raubt, seine gelegentlichen verzweifelten Gegenschläge „straft“ durch „Hunnen“-Feldzüge Europas, ob man an manchen Parks in Schanghai Tafeln anbringt: „Hunden und Chinesen ist der Eintritt verboten!“ — solche Taten der Fremden sprechen die gleiche, eindeutige und barbarische Sprache; diese Taten haben die Bauern und Arbeiter in den chinesischen Städten seit Jahrzehnten an ihrem Leibe zu spüren bekommen. Kein Gut, das sich die Fremden angeeignet haben, hat ihre Gier befriedigt. Japans jetziger Überfall ist nur einer der frechesten und kaltblütigsten in der Kette der Verbrechen, die die fremden Kapitalisten an dem chinesischen Volk begangen haben.

Aber dieses Argument, so schwer es wiegt, entscheidet nicht über die Frage, ob das chinesische Volk sein Recht suchen soll auf dem Wege des gewaltsamen Widerstands. Die

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

China-Japan—die Großmächte.

Vom Kriegsschauplatz in Ostasien.

Zu den schweren Kämpfen in den Straßen von Schanghai sind nunmehr die ersten Luftkämpfe hinzugetreten. Am Freitag morgen trafen 18 chinesische Flugzeuge aus Nanking ein. In den Kämpfen, die sich entwickelten, wurde ein japanisches Bombenflugzeug abgeschossen. Die Japaner verloren im Laufe des Kampfes drei weitere Flugzeuge.

Nach der Landung von 1000 japanischen Marinesoldaten entbrannte der Kampf um den Nordbahnhof. Die Chinesen halten einstweilen nur noch die Trümmer des Bahnhofs.

Der japanische Kriegsminister hat erklärt, daß nach seiner Auffassung japanische Truppen noch monatelang in Schanghai bleiben müßten, um die Ruhe dort aufrechtzuhalten.

Es sind weitere Truppen von den Japanern gelandet worden, die die Aufgabe haben sollen, die Schanghai-Nanking-Bahnlinie zu besetzen, um chinesische Truppenbeförderungen nach Schanghai zu verhindern.

Auch Hankau hat eine stärkere japanische Besatzung erhalten, eine Reihe von japanischen Kriegsschiffen sind im Hafen von Hankau eingetroffen.

Verschärfung der Lage in der Mandschurei.

Nach einer russischen Meldung hat der General MA, der bisher mit Japan gemeinsam operiert hatte und, wie noch gestern verläutete, zum Vorsitzenden der Regierung in Chabin ernannt worden war, am Freitag plötzlich die Japaner angegriffen. Seine Truppen stehen mit den Japanern noch im Kampf.

Der Chef der chinesischen Truppen in der Mandschurei hat ein Ultimatum von General Honjo erhalten, innerhalb drei Tagen das von ihm besetzte Gebiet zu räumen. Nach den neuesten Meldungen soll der chinesische General geflüchtet sein, seine Truppen, die die Stellung nicht halten konnten, sind größtenteils entwaffnet worden.

Die japanische Antwort und die Haltung der Großmächte.

Obwohl Japan zwei Punkte der Interpellations-Note nicht angenommen hat, vor allem nicht die Abberufung der Truppen aus Schanghai, wird die Lage, jedenfalls in Washington, so betrachtet, daß weitere Verhandlungen mit Japan möglich seien. Das in Genf aufgetauchte Gerücht von einem Ultimatum der U.S.A. an Tokio wird als vollkommen falsch bezeichnet.

Im englischen Auswärtigen Amt wird die Note der Japaner eingehend beraten. An dieser Beratung sollen die Dominions ein starkes Interesse zeigen. Sie beeinflussen die englische Regierung dahin, daß diese mit Amerika zusammenarbeitet.

Immer wieder zeigt es sich, daß die einzigen positiven Schritte der Großmächte die Verteidigung der internationalen Zone in Schanghai betreffen. Die Amerikaner haben Truppenverstärkungen nach Schanghai entsandt, und es heißt, daß STIMSON einen neuen gemeinsamen Schritt der Hauptmächte zur Vertretung ihrer Interessen gegen Japan vorbereitet.

37 Jahre Zuchthaus für Kommunisten.

I Essen, 5. Februar.

In dem Prozeß gegen zwölf Essener Kommunisten, wegen einer Schlägerei, bei der der SA-Mann FELGENDREHER erschossen wurde, ist das Urteil verkündet worden. Die vier Hauptangeklagten wurden zu insgesamt 37 Jahren Zuchthaus verurteilt; für je fünf Jahre wurden ihnen die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt. Sechs weitere Angeklagte wurden zu

Gefängnisstrafen von fünf Monaten bis zu drei Jahren verurteilt. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen. Ausführlicher Prozeßbericht im Innern des Blattes.

h Berlin, 5. Februar.

Das Reichswehrministerium hat mit Verfügung vom 29. Januar die Vorschrift aufgehoben, die die Einstellung von Nationalsozialisten in die Reichswehr verbot.

Elends-Statistik.

43 Prozent der Bevölkerung werden unterstützt.

Der Stadtverordnetenvorsteher der Industriestadt Herno im Ruhrgebiet teilte in seinem Geschäftsbericht für das Jahr 1931 mit, daß rund 43 Prozent der Herner Bevölkerung unterstützt würden.

Und noch kein Ende!

Wieder 4000 auf die Straße.

FRIEDR. KRUPP, Gußstahlwerke in Essen, hat „vorsorglich“ den Antrag gestellt, rund 2000 Arbeiter und Angestellte entlassen zu dürfen. Als Grund wird die Verschlechterung des Auftragseingangs angegeben.

Die KLÖCKNER-Werke haben die Genehmigung erhalten, die Zeche „Viktor 1/2“ in Rauxel stillzulegen. Es kommen 500 Arbeiter und Angestellte zur Entlassung.

Die Vereinigten Stahlwerke zeigen die Entlassung von 150 Arbeitern und Angestellten auf der Zeche „Friedrich Nachbarn“ in Bochum an.

Weitere 200 Arbeiter und Angestellte sollen durch teilweise Stilllegung der Zechen „Hannover“, „Hannibal“ in Böchum-Hordel und der Zeche „Hannover 3/4“ in Wattensoheid entlassen werden.

Die staatliche Bergwerksgesellschaft „Hibernia“ hat beschlossen, auf der Schachtanlage „Shambock 3/4“ in Wanne-Eickel 400 Mann, auf der Schachtanlage „Shambock 1/2“ in Herne 180 Mann und auf der Zeche „Wilhelmine-Viktoria“ in Gelsenkirchen 300 Mann zu entlassen; die staatliche Bergwerksgesellschaft „Bergag“ wird 280 Mann entlassen.

Auf einigen anderen staatlichen Schachtanlagen, die hauptsächlich Gasflammkohle fördern, wird Kurzarbeit ein-

geführt, weil Absatzschwierigkeiten bestehen. Die Gasflammkohle ist bisher am wenigsten im Preise herabgesetzt worden. Eine weitere Preissenkung der Gasflammkohle würde wahrscheinlich die Kurzarbeit verhindern.

29 bis 35 Pfennig Spitzenlöhne.

Auf einer öffentlichen Kundgebung des Deutschen Landarbeiter-Verbandes in München wurde unter anderem folgendes berichtet:

Bis zum 31. Dezember 1931 betragen die Spitzenlöhne der Landarbeiter (Bar- und Deputatlohn) in den vier bayerischen Lohnklassen 35, 36, 38 und 41 Pfennig je Stunde. Somit erreichten die Landarbeiter noch nicht die Hälfte der durch das bayerische statistische Landesamt ermittelten Durchschnittslöhne anderer Arbeiter. . . . Durch die Vierte Notverordnung werden die Löhne ab 1. Januar 1932 noch um 15 Prozent gesenkt, so daß die Spitzenlöhne jetzt 29 bis 35 Pfennig je Stunde betragen. Der in Aussicht gestellte Preisabbau ist auf dem Lande auch jetzt nach vier Wochen kaum bemerkbar.

Die Arbeitslosigkeit in Frankreich.

k Paris, 6. Februar.

Im Verlauf der Aussprache über die Wahlreform wies ein sozialistischer Redner darauf hin, daß die Zahl der Arbeitslosen in Frankreich am 30. Januar 241 000 eingeschriebene Unterstützungsempfänger erreicht hat. Dies sei gegenüber der Vorwoche eine Steigerung um 16 000 und gegenüber der gleichen Zeit im Vorjahr um mehr als 200 000.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

Empörung, die hier zu den Waffen greift, muß der schärferen Prüfung standhalten, ob sie den wahren Interessen der Kämpfenden dient. „Fanatismus ist nichts anderes als Vornehmheit dem menschlichen Natur, die rasend geworden ist“, hat der Chinese Ku Heng Ming über die tolle Raserei der Taiping-Rebellen gesagt, die ihre Raserei mit ihrem Leben und mit einer schrecklichen Reaktion bezahlt haben.

Die chinesischen Kommunisten, die diese Vergangenheit kennen, sagen hierzu, der Widerstand gegen Japan, den sie fordern, sei nicht die Raserei der Einwohner von Tschapei, sondern der von der chinesischen kommunistischen Partei planmäßig organisierte Aufmarsch des revolutionären Proletariats gegen den japanischen Imperialismus und die chinesischen Kuomintang-Verräter.

Es ist wahr, daß eine Reihe chinesischer Provinzen — agrarischer Provinzen im Innern des Landes — heute zu den Kommunisten stehen. Das Land der Großgrundbesitzer ist dort zum großen Teil in die Hände der Bauern übergegangen. Diese Befreiung, die unter der Führung von Kommunisten erfolgt ist, hat die Bauern unter der roten Fahne gesammelt; sie wird sie vielleicht auch dahin bringen, sich die Armeen der Generale vom Halse zu halten. Aber diese Agrarrevolution, in der die Bauern mit Händen und Füßen für den Kommunismus gestimmt haben, ist nicht der Aufmarsch des chinesischen revolutionären Proletariats. Es ist nicht einmal gesagt, daß diese Bauern des Hinterlandes gewillt sind, ihre Scholle zu verlassen, um auf den Wusung-Forts die Einwohner von Schanghai zu verteidigen.

Wie steht es mit der wirksamen Kraft des Kommunismus, mit seiner internationalen Macht?

Das revolutionäre Rußland ist heute nicht imstande, auch nur seine Ansprüche auf die mandchurische Bahn zu verteidigen. Den kommunistischen Parteien Europas werden die Demonstrationen in den Lustgärten der europäischen Hauptstädte verboten. Die Führer der kommunistischen Partei in Kanton und den andern chinesischen Küstenstädten sind erschossen oder verbannt, ihre Tätigkeit ist erdrosselt. Der bloße Versuch, eine kommunistische Front der Arbeiter und Bauern ins Leben zu rufen, würde mit der verschärften Gegenwehr der bürgerlichen Nanking-Regierung und der allgemeinen Unterstützung Japans von seiten der kapitalistischen Großmächte beantwortet werden — zum Unheil für das chinesische und das russische Proletariat.

Der Vertreter des linken Flügels der Kuomintang, mit dem ich sprach, sagte: „Nationale Verteidigung Chinas? Ich gebe zu, daß das Wort ‚national‘ anrüchlich geworden ist. Ich will daher lieber davon sprechen, daß China die Pflicht hat, seine Kultur nicht untergehen zu lassen.“

Gewiß, China hat eine Kultur, die Kultur, die, von Konfuzius entwickelt, China Hunderte von Jahren frei von Kriegen gehalten hat. Aber diese Kultur lebt heute bewußt nur noch in den wenigen Häusern chinesischer Gelehrter und unbewußt in den Sitten und Gebräuchen weiter und stiller Landstriche des Innern.

Die Küstenbevölkerung und die Bewohner der vom Bürgerkrieg zerstörten Dörfer wissen nichts von dieser Kultur. Sie gehören dem städtischen und ländlichen Proletariat an, daß seine primitivsten Lebensansprüche nicht befriedigen kann. Aber damit ist der Kulturanspruch dieses Teils des chinesischen Volkes nicht hinfällig geworden. Im Gegenteil, er besteht und hat sogar den Vorrang vor den Ansprüchen aller andern. Die Arbeiter und Bauern Chinas haben den Anspruch, sich von den chinesischen und nicht-chinesischen Ausbeutern zu befreien, selber zu einem menschenwürdigen Dasein zu gelangen und nicht als bloßes Werkzeug für die Zwecke anderer gebraucht zu werden.

Japan gebraucht die mandchurische und chinesische Bevölkerung als bloßes Werkzeug für seine eigenen habgierigen Zwecke. Sich gegen diesen Mißbrauch zur Wehr zu setzen, der heute schärfer ist als der durch die eigenen nationalen Regenten, darin liegt der tiefe rechtliche Grund, der hinter dem Verteidigungswillen des chinesischen Volkes steht.

Es handelt sich also nicht darum, heute die alte Kultur Chinas zu verteidigen, sondern um etwas viel Einfacheres, aber auch viel Größeres, nämlich darum, den ersten Schritt

zu tun, damit in absehbarer Zeit endlich die Voraussetzungen für eine Kultur der Massen geschaffen werden können: diese Voraussetzungen liegen in der proletarischen Revolution Chinas.

Wenn es aber so steht, daß es sich nur um die Lösung dieses Problems handelt, dann ist die einzige Frage, die hier noch offen bleibt, die: Mit welchem Mittel verteidigen die chinesischen Genossen die Möglichkeit dieser Befreiung am sichersten? Wie bereiten sie den künftigen revolutionären Kampf am klügsten, am zweckmäßigsten vor?

Bei dieser Abwägung dürfen wir unser Augenmerk nicht nur darauf richten, wieviel Proletariat heute geschont werden kann, wenn die Chinesen die fast unmenschliche Disziplin aufrufen sollten, die Japaner gewähren zu lassen. Wir müssen in Betracht ziehen, ob nicht der dauernde Druck des japanischen Imperialismus, die endgültige Unterwerfung der Mandchurei, die Besetzung chinesischer Häfen, die Unterzeichnung bindender Verträge für das chinesische Volk weit gefährlicher und peinlicher sein würde als der ohnehin bestehende bleibende Druck der chinesischen Kuomintang-Regierung.

Wir glauben, daß dies in der Tat der Fall sein würde. Die japanische Herrschaft würde bedeuten, daß die chinesischen Arbeiter fortan einem Unternehmer gegenüberstehen würden, dessen Sprache sie nicht verstehen und der ihre Sprache um so leichter überhört, als er sie auch nicht versteht.

Dazu kommt, daß der Militarismus in Japan alle sozialistische Arbeit unterdrückt hat, daß daher der japanische Soldat und Aufseher nichts anderes sein würde als eine mit Waffen ausgerüstete menschliche Maschine, deren Funktionen, in deren Dasein allein von den Befehlen der eigenen Vorgesetzten abhängt.

Ferner haben das Zögern der Nanking-Regierung zu Beginn des mandchurischen Krieges, das Verhandeln Rußlands

über die russisch-chinesische Eisenbahn und die Waffenstillstands-Verhandlungen des chinesischen Bürgermeisters in Schanghai nichts anderes als den heimtückischen Verrat und den verschärften Angriff der Japaner hervorgerufen. Ein Zurückweichen Chinas würde jederzeit das Vorstoßen Japans nach sich ziehen, sobald es die Regierung in Tokio, ja auch nur die Militär-Kamarilla nach neuen Eroberungen gelüftet.

Endlich: Das Auftreten Japans hat die Billigung, ja die wachsende Bewunderung der sogenannten zivilisierten Völker gefunden und die Furcht ihrer Regierungen vor der Tatkraft Tokios erweckt. Hätten die Chinesen sich nicht gewehrt, hätte die Sprengung der mandchurischen Eisenbahnbrücken, die Attentate auf japanische Offiziere, der Brand von Tschapei die Aufmerksamkeit der Welt nicht auf China gelenkt, der Völkerbund und die Regierungen wären längst innerlich befreit zu ihren Kommissions-Beratungen und zu ihren Handelsvertrags-Entwürfen zurückgekehrt. Ein China, das heute kampflös zurückweichen würde, müßte damit rechnen, den japanischen Imperialisten ausgeliefert zu sein, ohne daß auch nur eine Hand zu einem Schutz sich rühren würde.

Alle dem steht allerdings entgegen, daß die Opfer, die das chinesische Proletariat dadurch auf sich nimmt, daß es sich nicht kampflös in dieses Schicksal ergibt, ungeheuer sein werden, und daß sie trotzdem, wie schwer sie auch sein mögen, voraussichtlich nicht einmal ausreichen, den japanischen und europäischen Kabinetten und Parlamenten gerechte Beschlüsse abzunötigen.

Aber diese Opfer scheinen uns — wie die Dinge heute liegen — notwendig zu sein, um dem chinesischen Proletariat noch längere und verzweifeltere Leiden zu ersparen. Ein bitteres Wort, dem seine Härte nur genommen werden kann, wenn das, was die chinesischen Genossen jetzt auf sich nehmen, ein Ansporn und eine Mahnung wird für uns, die wir mit besseren Kräften und unter leichteren Bedingungen den Kampf gegen ihre und unsere Unterdrücker führen können.

Ein beachtenswerter französischer Vorschlag zur Abrüstung.

i Genf, 5. Februar.

Die französische Regierung hat durch FARDIER der Konferenz noch vor der allgemeinen Aussprache ein umfangreiches Projekt überreichen lassen, das starke Erregung hervorgerufen hat. Der Vorschlag erörtert die Aufstellung einer Völkerbunds-Armee. Es wird gefordert, daß die Flugzeuge, deren Tragkraft und Aktionsradius eine bestimmte Größe überschreitet, dem Völkerbund zur Verfügung gestellt werden, ebenso das Material an Land- und Seerüstungen, das über schwere Geschütze verfügt. Ferner wird eine internationale Polizeitruppe gefordert. Für den Schutz der Zivilbevölkerung sieht der Vorschlag Einschränkungen des Luftkrieges vor, wie z. B. das Verbot der Verwendung von Brand- und Giftbomben. Der letzte Abschnitt: „Organisationsbedingungen des Friedens“ zielt ab auf gemeinsame Aktionen, die die Sicherheit erstreben im Geist der Völkerbundsatzung.

Wir berichten von diesem französischen Vorschlag, weil dieser Vorstoß des Staates, der über eine besonders große eigene Rüstung verfügt, der ernsthaftesten Erörterung aller Vertreter einer Völkerverständigung wert wäre. Ob dieser Vorschlag Frankreichs ein wirkliches Streben nach Taten bedeutet, und ob er auf die Bereitschaft der andern Konferenzteilnehmer stoßen wird, müssen wir abwarten.

Die ersten Pressstimmen, besonders aus Amerika, wo BOURN eine völlig ablehnende Haltung einzunehmen scheint, und aus England lassen wenig Hoffnung aufkommen, daß der französische Vorschlag auf Vertrauen stößt.

Wir selber messen der Aufstellung einer Exekutiv-Armee des Völkerbundes trotz aller noch so großen Schwierigkeiten, die der Organisation und dem Funktionieren einer solchen überstaatlichen Macht entgegenstehen, eine entscheidende Bedeutung bei. Das Recht verlangt in der menschlichen Gesellschaft einen physischen Schutz, der die Mächte des Unrechts mit Gewalt zurückzuhalten vermag. Wir werden auf die grundsätzliche Bedeutung dieses Vorschlags noch eingehend zurückkommen.

Ukrainische Minderheit gegen Polen.

i Genf, 5. Februar.

Die ukrainische Minderheit hat dem Generalsekretär des Völkerbundes eine neue Beschwerde gegen die polnische Regierung eingereicht, mit dem Antrag, das Dringlichkeitsverfahren zu eröffnen. In der Beschwerde wird darauf hingewiesen, daß von der Regierung ein Gesetzentwurf eingebracht wurde, der einen offenen Bruch des Minderheitenschutzvertrages darstelle. Nach diesem Gesetzentwurf sollen polnische Soldaten mit ihren Familien unentgeltlich Landstücke in denjenigen Gebieten erhalten, die bisher ausschließlich von Ukrainern und Weißrussen bewohnt sind. Gegen diesen Gewaltschritt hat bereits der Führer der ukrainischen Parlamentariergruppe Protest eingelegt. In der Beschwerde wird sodann darauf hingewiesen, daß die polnische Regierung gegenwärtig im Sinn eine überwiegende Mehrheit habe, die ihr ermögliche, rücksichtslos alle gesetzlichen Maßnahmen durchzuführen, auch wenn sie gegen die unmittelbaren Interessen der nach Millionen zählenden ukrainischen und weißrussischen Bevölkerung verstoßen.

Die Beurteilung der Chamberlain-Erklärung in Berlin.

v Berlin, 5. Februar.

Die Mitteilungen des englischen Schatzkanzlers über die neue englische Schutzzollvorlage haben in Berlin keineswegs überrascht, da man auf Grund der durchgesickerten Meldungen bereits mit solchen Maßnahmen rechnete. Enttäuschung rief nur die Tatsache hervor, daß die vor einiger Zeit vom englischen Kabinett verfügte Notverordnung zur Beschränkung der anormalen Einfuhren nicht gleichzeitig aufgehoben werden soll. Denn bekanntlich haben die Engländer diese Maßnahme als nur vorübergehend bezeichnet.

Die deutsche Reichsregierung hat, wie verlautet, nicht die Absicht, zu den Mitteilungen des englischen Schatzkanzlers sofort Stellung zu nehmen, da es sich vorläufig nur um Ankündigungen handelt. Es entspricht, wie es heißt, nicht den Tatsachen, daß bereits irgendwelche deutsche Gegenmaßnahmen beschlossen worden seien.

WAHN-EUROPA 1934.

VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Fackelreiter-Verlag, Berlin

(31. Fortsetzung.)

„Es scheint“, beginnt Saint Brice mit einer Entschlossenheit, die Wut und Erbitterung schwer verdeckt, „daß Frankreich auf eine harte Probe gestellt wird. Die Ehre und Würde Frankreichs fordern...“

Vom Quai d'Orsay rauscht und brandet der dumpfe Ozean der Menschenmassen herauf...

Ein Uhr dreißig nachts spähen drei Augenpaare wie Raubtierlichter aus dem ‚Helios‘ zur Küste Frankreichs hin. Drei milde, verbrauchte Gesichter, geisterbleich im Schein der Glühlampen.

Der Geschwindigkeitsmesser zeigt zweihundertvierzig Kilometer. Wer aus den Motoren noch mehr herauszuholen wagt, zersprengt sie in Atome. Wie ein zu Tode Gehetzter oder ein zu Tode Hetzender stürzt sich der ‚Helios‘ der Küste entgegen.

Blitzfeuer des Leuchtturms von Lorient!

Ist etwa Zeit zu verlieren? Vor einer halben Stunde schleuderte der Eiffelturm seine Funken bis zu den Sternen hinauf: Rom hat in brücker Form seinen Pariser Botschafter abberufen! Warum? Was war inzwischen geschehen? — Himmel, Meer und Nacht geben keine Antwort.

Die höhnischen Glotzaugen des Leuchtturms von Lorient empfangen den Anstürmenden. Die Augendeckel klappen auf, klappen nieder. Auf! — zu! Auf! — zu! — Das Gespenst, das jetzt in Europa umgeht, kann nicht böshafter lachen!

Mit bebenden Flügeln überbraust der ‚Helios‘ den irrlichternden Zyklopen von Lorient.

Frankreich!

XII.

Aus hunderttausend Menschen, die seit Mitternacht den Flughafen von Le Bourget belagern, bricht der Jubel. Er überdunnert den Lärm der Propeller. Noch erblickt kein Auge den ‚Helios‘. In dreihundert Meter kreist er oben in der Nacht. Léon Brandt in Frankreich! — dieses Bewußtsein reißt alle zu ekstatischem Rausch hin.

Taghell liegt die Erdfläche des Flugfeldes in der Beleuchtung der Scheinwerfer. Plötzlich rauscht es mit schweren Flügelschlägen erdwärts. Ehe noch die Augen die Umrisse des Riesenvogels richtig aufnehmen können, schießt er schon auf dem Fahrgestell über den Boden hin, tut zwei, drei Sprünge. Steht unbeweglich in elektrischer Lichtfülle.

Von allen Seiten stürzt es in kleinen Gruppen heran.

Brandt ist schon aus der Kabine gesprungen. Der erste, der ihm die Hand drückt, ist Jules Broucq. „Gott sei Dank, Brandt!“ In den gewaltigen Druck seiner Schmiedefäuste legt er seine ganze Freude und Freundschaft.

Ménard, Champelle, General Humette, ein Heer von Berichterstattern fallen über Brandt her, hollen Laroque und Proussant aus dem ‚Helios‘ heraus. Die Zeitungleute halten Köpfe und Notizbücher geizt. Die Fragen hageln wie Geschosse auf die Flieger. Im Sturmschritt laufen die Reporter hinter Brandt her, der auf die wartenden Kraftwagen zueilt. Brandt hat weder Lust noch Zeit, müßige Fragen zu beantworten, ihm selbst brennen hundert Fragen in der Brust. Zudem rast der Orkan der Begeisterung, daß kein Wort zu verstehen ist.

Die Kraftwagen knattern davon. Im ersten sitzt Brandt mit Broucq, Ménard und Champelle, im zweiten folgen Laroque und Proussant mit dem Kriegsminister und dem Polizeipräsidenten von Paris.

„Erzählt! Broucq! Ménard! Ist Europa irrsinnig geworden?“ Ménard redet ohne Unterbrechung. Berichtet Punkt für Punkt. Champelle wirft ab und zu eine Ergänzung dazwischen. Broucq, obwohl er den Hergang der Ereignisse genau kennt, horcht mit vorgestrecktem Schädel, seine Riesenfäust ruht dabei auf Brandts Knie, als wollte er durch diese Berührung einen innigeren Kontakt mit dem Freund herstellen.

Unbeweglich hört Brandt zu. Die Deckenbirne bestrahlt die Stirnarbe, die das von Sonne und Sturm gebrannte Gesicht noch überrotet. Die Lippen enden in herb zusammengezogenen Mundwinkeln.

Den Autos voraus rennt die Nachricht von der Landung. Den Massen am Quai d'Orsay ist sie plötzlich zugeflogen, keiner weiß, woher.

Im Arbeitszimmer steht Saint Brice, horcht zu den Fenstern hin. Brausen erfüllt die Nacht. „Brandt! ... Léon Brandt!“ In mächtigen Wellen schäumen die Rufe gegen die Außenmauern. Saint Brice hebt den Vorhang. Er sieht die schmale Gasse, die der Polizeikordon im schwarzen Menschenstrudel freihält. Zwei Kraftwagen gleiten in verhaltener Fahrt aufs Portal zu. „Brandt! Brandt!“ Es will nicht aufhören. Unzerstörbare Hoffnung glüht in den Massenrufen: „Brandt! Brandt! Brandt!“

Saint Brice tritt zurück. Der große Kopf liegt müde auf den Schultern. Immer nur: Brandt! Brandt! Keine Stimme, die ‚Saint Brice‘ ruft! ...

Er ermannt sich, verläßt rasch das Zimmer. Er will den von der Ozeanfahrt Heimkehrenden unter an der Treppe empfangen ...

Dauerte die Begrüßung länger als drei Minuten? Der Ministerpräsident sagte ein paar schön geformte Sätze, die Brandt stumm anhörte. Er hat für Feierlichkeit und Pathos keinen Sinn. In großen Schritten ist er den anderen voraus die Treppe hinaugeeilt.

Dann stehen sich Ministerpräsident und Außenminister ohne Zuhörer im Arbeitszimmer gegenüber.

„Ich bin glücklich, Sie wieder in Frankreich zu wissen“, sagt Saint Brice, indem er Brandts Hände ergreift. „Ich bedaure tief die ersten Umstände unsres Wiedersehens.“

Brandt schweigt. Er öffnet den Lederrock, fährt mehrmals mit den gebräunten Händen durch das wirre Haar, in dem noch der Geruch des Meeres und der Nachtluft hängt, vermischt mit Gerüchen von Oel, Leder und Benzin.

„Ernste Umstände, jawohl, Verdächtig ernst“, erwidert er endlich. „Ich betrachte mich von diesem Augenblick an wieder als verantwortlicher Außenminister.“ Er sieht Saint Brice mit seinen Falkenaugen an. (Fortsetzung folgt.)

Der Felgendreher-Prozeß.

Was ist geschehen? Am 14. März 1931 gegen Mitternacht wurde auf eine Gruppe Nationalsozialisten, die von einem Versammlungsbesuch in Essen nach Hause zurückkehrten, geschossen, wobei ein Schuß den 18jährigen FRITZ FELGENDREHER tödlich traf.

Angeklagt wegen Mordes, Mordversuchs, Anstiftung zum Mord, wegen Geheimbündelei und 50fachen Vergehens gegen die Waffenverordnungen wurden die Arbeiter: VERSECK, ZINGEL, SCHULER, WOLFF, HEIDT, LACKINGER, LENERTZ, HENSELEIT, BUSCHMANN, HARTWIG, NATROP und GÜNTHER.

Die politische Bedeutung der Anklage. Die Anklage ging davon aus, daß FELGENDREHERS Tod als Mordunternehmen einer eigens dazu gegründeten politischen Gruppe zu werten sei. Zweimal sind deshalb die Akten dem Oberreichsanwalt vorgelegt worden. Ergab der Prozeß das Bestehen einer sogenannten „Terrorgruppe“ und wurde eine Beziehung dieser Gruppe zur KPD festgestellt, dann hätte man mit einem Verbot der KPD rechnen müssen. Dies machte den FELGENDREHER-Prozeß zu einem der politisch wichtigsten der letzten Jahre.

Das Essener Schwurgericht. Die Berufsrichter: Vertreter einer Herrenklasse. Den Angeklagten feindlich, fremd. Das Monokel in dem blasierten Gesicht des Vorsitzenden eine dauernde stumme Provokation der angeklagten Arbeiter.

Die Geschworenen: Verhetzte, geistig abhängige Kleinbürger. Unter ihnen nur ein kommunistischer Arbeiter.

Die Verteidiger: Der kommunistische Rechtsanwalt OBUCH, die bürgerlichen Rechtsanwälte NEUWAHL und RUSCHEN.

Sieben Tage Kampf. Kampf der Verteidigung gegen den Staatsanwalt KESSEBÖHMER, der eingeschriebenes Mitglied der NSDAP sein soll, und dem von Rechtsanwalt OBUCH nachgewiesen wurde, daß die einzige Stütze der Anklage die widerriefenen Geständnisse des mitangeklagten Spitzels WOLFF sind. Kampf der Verteidigung gegen den Vorsitzenden des Gerichts, dessen Verhalten während des Prozesses ihn als Sympathisierenden der Nationalsozialisten enthüllte: die Beweisanträge der Verteidigung wurden von ihm grundsätzlich als bedeutungslos, das Gericht nicht interessierend abgelehnt. 20 von der Verteidigung gestellte Entlastungszeugen wurden dreimal nach Hause geschickt, weil bei ihrer Ladung durch die Verteidigung ein kleiner, formeller Fehler unterlaufen war. Kampf endlich gegen den Angeklagten WOLFF, der die übrigen Angeklagten in Erwartung der von der Polizei ausgesetzten Belohnung von 1000 Mark verriet, und der im Laufe des Prozesses als Spitzel der Nazis überführt werden konnte.

Politisch gesehen, kommt dem „Fall WOLFF“ eine Bedeutung zu, die weit über den Rahmen des FELGENDREHER-Prozesses hinausreicht. Das Spitzeltum und seine Bekämpfung gerade in den Reihen der KPD wird für diese Partei allmählich zu einer Lebensfrage.

Immer wieder wurden von Rechtsanwalt OBUCH Angriffe des Staatsanwalts und Beschränkungen der Verteidigung durch den Vorsitzenden geübt. Das Gericht soll helfen, die objektive Wahrheit zu finden. Hier machte sich das Gericht schon während der Beweisaufnahme zum Büttel des Staatsanwalts und der hinter ihm stehenden nationalsozialistischen Kreise.

OBUCH bewies in diesem Prozeß, daß er ein unbestechlicher Verteidiger ist. Erschütternd zu erleben, wie dieser von Haus aus beherrschte, ganz geistige Mensch durch das provokatorische Verhalten des Gerichts in die höchste Erregung versetzt ausrief: Ich unternehme es hier, gegen Windmühlen zu kämpfen. Aber ich werde die Köpfe der Angeklagten verteidigen bis zum Letzten.

Gehörten die Angeklagten einer kommunistischen Terrorgruppe an? Der Staatsanwalt kann den Nachweis nicht führen. Er erklärt: „Ich muß einige von Ihnen entlassen. Ich habe nämlich nicht die Absicht, mich über die Frage auszulassen, ob die Angeklagten einer kommunistischen Terrorgruppe angehörten, die in enger Bindung zu der Partei stand und von dieser sanktioniert wurde.“ An anderer Stelle erklärte er, daß sich der Oberreichsanwalt noch heute für den Prozeß wegen der Terrorgruppe interessiere. Er erinnerte die Verteidigung an ein

Wort LENINS aus dem Jahre 1923 über die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit des Terrors.

Aber Geheimbündelei soll erwiesen sein. Der Staatsanwalt erblickt sie in den regelmäßigen Zusammenkünften von zwölf Personen, die alle irgend einer kommunistischen Organisation angehörten und sich zu einem Kreise zusammenschlossen hätten, der Beiträge gezahlt und für Anschaffung von Waffen verwandt hätte. Er beantragt gegen die Angeklagten wegen Geheimbündelei und Waffenvergehens zusammen zehn Jahre und acht Monate Gefängnis; für den Angeklagten BUSCHMANN Freispruch.

Vier Todesurteile beantragt. Die Angeklagten ZINGEL, WOLFF, VERSECK und SCHULER hält der Staatsanwalt des Mordes und des Mordversuchs für überführt. Obgleich feststeht, daß die todbringende Kugel aus VERSECKs Waffe abgefeuert wurde, beantragt der Staatsanwalt auch für die drei anderen Angeklagten die Todesstrafe, weil auch sie die Tat des VERSECK gewollt und daher als Mittäter anzusprechen seien. Diese Ungeheuerlichkeit ist weder juristisch noch rechtlich haltbar. Weil die Angeklagten den Ueberfall auf die Nationalsozialisten mit einander besprochen, weil sie sich für den Ueberfall mit Waffen versehen haben, soll die Tat vorsätzlich und mit Ueberlegung begangen worden sein. Ja, der Staatsanwalt erblickt in dem Vorgehen dieser vier Angeklagten das „Schulbeispiel“ eines Mordes.

Die Wirkung auf die Angeklagten. Sie sollen gelächelt haben, als der Staatsanwalt die Todesurteile beantragte. Die bürgerliche Presse ist entrüstet, spricht von völliger Gefühlslosigkeit. Rechtsanwalt OBUCH erklärt: die Angeklagten können die beantragten Todesurteile gar nicht in ihrer ganzen Tragweite verstehen, weil ihnen jede Mordabsicht ferngelegen hat.

119 Resolutionen gegen die Verkündung von Todesurteilen. Noch vor den Plaidoyers der Verteidiger wurden dem Vorsitzenden mit einem Begleitbrief der Roten Hilfe 119 Protestresolutionen überreicht, die seit den Strafanträgen des Staatsanwaltes von verschiedenen Arbeiterorganisationen ein-

gegangen seien. Dies veranlaßte den Staatsanwalt zu der Bemerkung, er bezweifle die Richtigkeit dieser nicht näher detaillierten 119 Resolutionen.

Die Verteidigung OBUCHs ging davon aus, daß der Staatsanwalt zwar mit Recht die Tat als mit Ueberlegung ausgeführt bezeichnet habe. Er habe aber die innere Tatseite, die Frage des Vorsatzes nicht berücksichtigt. Die Spannungen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, die häufigen Ueberfälle hätten eine schwere Gereiztheit im Volke hervorgerufen. So sei auch die Verabredung zu dem Ueberfall auf die Nationalsozialisten unter dem Einfluß dieser Gereiztheit und daher gewissermaßen im Affekt erfolgt. Den Angeklagten habe die Tötungsabsicht jedenfalls fern gelegen. Nicht Mord, sondern nur Körperverletzung mit tödlichem Ausgange könne in Frage kommen.

Dann wandte sich OBUCH der Frage der „Geheimbündelei“ und der staatsfeindlichen Verbindung zu. Die lose Verbindung der Angeklagten habe sich nicht gegen den Staat gerichtet, aus diesem Grunde könne auch nicht von einer staatsfeindlichen Verbindung gesprochen werden. Die Angeklagten hätten sich lediglich wegen der zahlreichen Nazi-Ueberfälle zu einer kameradschaftlichen Abwehrgruppe zusammengeschlossen. OBUCH beantragte für alle Angeklagten eine gerechte Strafe. Er wies besonders darauf hin, daß ein Urteil nach den Anträgen des Staatsanwaltes die Kluft zwischen den Parteien nur vergrößern und ein Wiedergutmachen unmöglich machen würde.

Rechtsanwalt RUSCHEN betonte die menschliche Seite des Falles. Er ergänzte so die groß angelegte politische Verteidigungsrede OBUCHs. Rechtsanwalt NEUWAHL, der Verteidiger WOLFFs, geißelte die Unwahrhaftigkeit dieses Angeklagten, und beantragte, WOLFF aber nur wegen Raufhandels und Waffenvergehens zu bestrafen.

Am Freitag, gegen 14 Uhr, wurde das an anderer Stelle mitgeteilte Urteil verkündet.

Das Beil des Henkers ist den vier Angeklagten, für die der Staatsanwalt die Todesstrafe beantragt hatte, erspart geblieben. Daß aber überhaupt die Todesstrafe beantragt werden konnte, ist ein Signal für die Arbeiterschaft. ck.

Ein wichtiges Gerichtsurteil.

Mitglieder der KPD. in Heeresbetrieben.

Vor kurzem hat das Arbeitsgericht München ein wichtiges Urteil gefällt: Fristlose Entlassung von Arbeitern wegen Zugehörigkeit zur KPD oder RGO ist verboten — selbst in Heeresbetrieben! Das Heeresbekleidungsamt München hatte nämlich mehrere Arbeiter aus diesen Gründen fristlos entlassen. Es war damit dem Erlaß des Reichswehrministers vom 12. Januar 1927 nachgekommen, der bestimmte Arbeiter, die einer politischen Organisation angehören, deren Ziel der Umsturz der verfassungsmäßigen Staatsform ist, oder die durch die Tat erkennen lassen, daß sie solche Ziele billigen, dürfen im Bereich der Heeresverwaltung nicht geduldet werden.

An diese Verfügungsverfügung sind aber die Gerichte nicht gebunden. Sie sind vielmehr an den Artikel 118 der Reichsverfassung gebunden: „Jeder Deutsche hat das Recht, innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern. An diesem Rechte darf ihm kein Arbeits- oder Anstellungsverhältnis hindern, und niemand

darf ihn benachteiligen, wenn er von diesem Rechte Gebrauch macht.“ Da den Arbeitern kein Verstoß gegen ihre Vertragspflichten nachgewiesen werden konnte, hat das Arbeitsgericht München die fristlose Entlassung als eine rechtlich unzulässige Benachteiligung erklärt; denn „auch in dem Beitritt zur kommunistischen Partei liegt eine Meinungsäußerung; so lange das Mitglied nicht zu ungesetzlichen Maßnahmen auffordert, hält sich diese Meinungsäußerung innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze“. H. Lt.

Groeners Doppelrolle.

Der Reichsinnenminister wacht über die Durchführung des Artikels 148 der Reichsverfassung: „In allen Schulen ist sittliche Bildung, staatsbürgerliche Gesinnung, persönliche und berufliche Tüchtigkeit im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerveröhnung zu erstreben. Beim Unterricht ist Bedacht zu nehmen, daß die Empfindungen Andersdenkender nicht verletzt werden...“

Der Reichswehrminister wacht über die Durchführung folgender Bestimmung des vom Reichswehrministerium herausgegebenen „Leitfadens für Erziehung und Unterricht“:

„Der Pazifismus. Dem Kriegsdienstverweigerer gebührt... ebenso wie dem Landesverräter die Feindschaft und Verachtung jedes Deutschen. Aber auch schon der pazifistische Allerweltsbeglückter oder der egoistische Schwächling bildet eine Gefahr, denn er untergräbt den Wehrwillen des Volkes.“

Der bedauernswerte Mann steht vor der mühseligen Aufgabe, als Erzieher seiner Soldaten ihnen das wieder austreiben zu müssen, was er durch die öffentliche Schule hat „erstreben“ lassen: die Achtung Andersdenkender und den Geist der Völkerveröhnung. Ffm.

Öffentliche Versammlungen des ISK:

Zwickau: Montag, den 8. Februar, 20 Uhr, im Gewerkschaftsheim, Crimmitschauer Straße. Thema: Die Stellung des ISK zur Reichspräsidentenwahl.

Freie Aussprache. Eintritt frei.

Holländische Reise.

Von Oscar Wettig

Ueppiges Land.

Auf dem Deich östlich Hoek van Holland. Hinter mir liegen die Dünenfelder, in denen die Bauern die Zwiebeln unserer Winter- und Frühlingsblumen, Hyazinthen, Tulpen und Narzissen, ausstechen. Vor mir das Westland. Ueberall ragen kleine Fabrikschornsteine neben blitzenden Glasdächern auf. Wie eine grüne Industriestadt ist das Ganze anzuschauen. Unmittelbar vor mir, am Fuße des Deiches ein Bauernhaus, dem man den Wohlstand ansehen kann: Dahinter strecken sich ein paar Gewächshäuser mit Wein hin, daneben, schon an ihrer Form kenntlich, einige für Tomaten. In diesen muß man sich vorsichtig zwischen den an Schnüren hochgezogenen Stauden hindurchwinden. In den Weinhäusern dagegen geht man auf glattem Boden unter dem grünen Laubdach, aus dem in reicher Fülle die dunkelblauen Westlandtrauben herunterhängen. Manchmal sind es auch gelbe Trauben, in langen regelmäßigen Reihen nebeneinander hängend; sie geben nicht so reichen Ertrag, doch zahlen die englischen Händler für sie mehr als für die blauen Trauben. In einem kleinen Schuppen sind schon Versandkisten bereitgestellt. Ein roter Streifen drum und die Aufschrift „Westland“, das genügt als Qualitätszeichen.

Die freien Felder tragen neben Kartoffeln und Hafer noch die verschiedensten Gemüse, Melonen, Bohnen, rote Rüben und Karotten. Auf der Außenseite des Deiches ein großer Schweinegarten, reichlich mit Borstenvieh bevölkert. Auffällig viele Höfe haben solche Schweinegärten. Und so reiht sich längs des Deichs, längs der Straßen oder Kanäle Hof an Hof, nur selten von größeren Streifen Weide mit Kühen und Pferden unterbrochen.

In Naaldwijk. Ein Gartenbaulehrer zeigt mir die Versuchsanstalt. Sehr interessiert fragt er, ob die Melone in Deutschland schon allgemeiner bekannt ist; sie ist in Holland schon zur Marktfrucht geworden, wie es die Tomato ja nun schon allgemein geworden ist. Er zeigte mir ein Haus voll

Rosen. Viele Bauern stellen sich jetzt teilweise auf Blumen um. Unterwegs hatte ich ja auch schon Treibhäuser mit Nelken gesehen. — „Halten die Bauern hier die vielen Schweine, um ihre Gartenabfälle verwerten zu können?“ „Nein, in der Hauptsache, um Dung zu gewinnen; die Dungfrage ist hier eins der schwierigsten Kapitel. Denn der Viehbestand ist nur gering.“ Die Frage der Dungbeschaffung ist ja die schwierigste Frage der viellosen Landwirtschaft.

Auch hier gib' es die Landfrage.

Neben den wohlhabenden Häusern des Westlands sieht man solche, deren Äußeres auf nur geringen Wohlstand schließen läßt. Ich vermutete, daß es Pachtgehöfte sind. Auch in Nordholland sah ich viele Häuser, deren bescheidenes oder gar ärmliches Aussehen im Gegensatz stand zu der hochentwickelten und anscheinend gewinnbringenden Ackerbaukultur. Pachtbetriebe! Viele Bauern müssen noch die Pacht für die in der Nachkriegskonjunktur abgeschlossenen Pachtverträge von 400 bis 500 Gulden (700 bis 850 Mark) je Hektar aufbringen! Und auch die neueren Pachten lauten noch auf 200 bis 300 Gulden. —

Zwischen den reichen Kulturen von Naaldwijk: „Gibt es hier viele Pachthöfe?“ „Nein, nur wenige. Aber man denkt, hier seien alle Leute reich; das ist durchaus nicht der Fall. Die Höfe sind meist Eigenbesitz. Aber zur Einrichtung der Kulturen haben viele Bauern Hypotheken zu hohen Zinsen aufnehmen müssen; die sind jetzt vielfach nicht leicht aufzubringen.“ „Staatshilfe?“ Nein, die wird hier ganz energisch abgelehnt, abgesehen von der für das glänzend ausgebaute landwirtschaftliche Unterrichtswesen. —

Buinerveen-Nieuw-Buinen, eine der schon mehr als hundert Jahre alten Moorkolonien südöstlich Groningen. Ein breiter Kanal, und die Straßen ziehen sich schnurgerade gleichsam als Rückgrat durch den kilometerlangen Ort. Links der Straße und rechts des Kanals die Wohnungen und Gehöfte. Aber schon deren Anordnung ist ein Spiegelbild der sozialen Verhältnisse. Ueber dem Kanal, zwischen den abzweigenden Querkämlen gleichsam auf einer Insel die riesigen friesischen Bauernhäuser; Wohnung, Scheune und Stall

in einem; davor ein Ziergarten; der Wohnvorbau mit großen, oft bis drei Meter hohen Fenstern, alles blitzend von Sauberkeit und Wohlhabenheit. Hinter dem Gehöft dehnen sich weit die Getreide- und Kartoffelfelder und Weiden. Seitlich vom Gehöft führt eine Drehbrücke über den Kanal. Seitlich der Straße Häuschen an Häuschen, mit einem Gärtchen dahinter. Fast stets sauber und gepflegt. Aber doch sieht man auf den ersten Blick: Arbeiterwohnungen. Dazwischen die stattlicheren Häuser von Kaufleuten und Handwerkern und häufig Trinkstuben. „Da bis Du ja wieder einmal in ein richtiges Ostelbien geraten“, dachte ich. Der nächste Arbeiter, den ich nach Arbeitsbedingungen und Lohnverhältnissen fragte, gab mir eine recht deutliche Bestätigung: Landarbeiterstreik! und Streik in den Strohkartonfabriken. Einen Reichstaler (ungefähr 4 Mark) bekommen die Landarbeiter täglich; davon sollen 20 Prozent gekürzt werden. Schon der Blick zeigt, daß es sich hier um große Höfe handelt. Und wenn ich frage, heißt es, die kleinen Höfe sind so 20 bis 30 Hektar groß, die größten bis 100 Hektar, noch größere sind selten. Aber die Arbeitsverhältnisse sind schlecht. Vielfach wird Land in Weide gelegt, um Leute zu sparen. Meist sind die Höfe Eigenbesitz, aber vielfach auch gepachtet und leiden wie auch in Nordholland unter zu hohen Pachten.

Hier ist die Landwirtschaft ein Sorgenkind des Staates geworden. In Enschede erzählte mir mein Esperanto-Gastfreund von Beimahlungszwang. Und der junge Assistent der glänzend eingerichteten landwirtschaftlichen Schule in Groningen erwähnte auch noch direkte Subventionen und Getreidezoll. So besitzt auch Holland sein Ostelbien mit den unvermeidlichen Subventionen, der Landarbeiterfrage, der Bodenfrage.

Holland versucht, sie auf seine Weise zu lösen: Ich stehe in Mendemblik auf dem Deich. Weithin, bis an den Horizont zieht sich der ausgepumpte Nordwestpolder, erst vor wenigen Wochen endgültig der Zuidersee abgerungen. Noch glänzt der Schlick feucht, noch stehen überall auf ihm große Wasserlachen, aber schon sieht man deutlich das Netz der Priele, der zukünftigen Kanäle. Neues Land für Tausende von Bauern! Und doch: Kann man so die Bodenfrage endgültig lösen?

Mehr „Eisen“ in die „Eiserne Front“!

F. S. Göttingen, den 4. Februar 1932.

Die „Eiserne Front“ muß breiter sein als die alte Front der SP und des „Reichsbanners“. Deshalb ja die Verbindung mit den Gewerkschaften und Sportverbänden. Die erste öffentliche Kundgebung in Göttingen zeigte, daß noch mancher Lücke gefüllt werden muß, um die Front wirklich „eisern“ zu machen. Die kampfbereite Elite der Arbeiter in den Betrieben und Stempelstellen und außerhalb der sozialdemokratischen Parteigrenzen fehlte. Man glaubt wohl noch immer, sie nicht nötig zu haben? Mit solchen Kundgebungen, wie sie hier ein „Aktions-Ausschuß“ veranstaltet hat, wird der Faschismus, trotz der guten Reden, nicht vernichtet. Sonst wäre der HITLERSpuk längst erledigt. Der Faschismus wird erledigt, wenn seine Methoden von den Arbeitern überboten werden. Warum so zaghaft? Warum nicht z. B. als Erwiderung auf den nationalsozialistischen Boykott republikanischer Geschäftsleute und Warenhäuser ein Boykott der Arbeiter gegen diejenigen Handwerker und Geschäftsleute, die sich offen zum „Dritten Reich“ bekennen? Wo bleibt die Mobilisierung der Betriebe und Stempelstellen, die Bildung gewerkschaftlicher „Hammerschaften“? Warum nur so nebenbei ein Wort gegen die schonende Behandlung der Nazis durch Polizei und Justiz? Warum kein Wort gegen die Begünstigung der Nazis durch den Magistrat, der z. B. den Gewerkschaften für ein geschlossenes Gastspiel PISCATORS das Theater verweigert, es aber einer nationalsozialistischen Parteibühne für öffentliche Aufführungen zur Verfügung stellt?

Die Arbeiter in den Betrieben und Stempelstellen wünschen klare Kampfparolen und Kampfmaßnahmen. Sie wünschen aber auch eine Führung für die „Eiserne Front“, zu der sie Vertrauen haben können. Was wir am Donnerstag in der ersten öffentlichen Kundgebung sahen, verdient nur das Prädikat: „Kaum befriedigend!“

Die Kampffront der Arbeiter gegen den Faschismus in Göttingen ist schon fester und breiter gewesen, und kann es jeden Tag wieder werden, wenn der gute Wille bei den Gewerkschaften vorhanden ist.

„Die Sendung des Jungdo“.

WL. Kassel, 4. Februar.

Ueber dieses Thema sprach Dr. KUERMANN, Köln, in einer öffentlichen Jungdo-Versammlung vor ungefähr 300 Zuhörern in Kassel.

Der Geist des Liberalismus sei überwunden. Ein neuer Geist, der Geist des Fronterlebnisses 1914/18, der sich heute praktisch in der freiwilligen Arbeitsdienstpflicht ausdrücke, sei ein Erfolg des Jungdo. Es gäbe heute schon in Deutschland 30 Jungdo-Freikorps der Arbeitsdienstpflicht.

KUERMANN sagte zur Politik des Zentrums: Das Zentrum habe früher und auch heute die gerissensten und klügsten Taktiker. Sie würden mit jeder Gruppe gehen, wenn es gelänge, Vorteile für die katholische Kirche zu erlangen. Auch die gegenwärtigen Verhandlungen, mit der NSDAP zur Einigung zu kommen, sei ein Versuch, das Schicksal Deutschlands vor den konfessionellen Karren des Zentrums zu spannen. Von dieser Seite seien gewaltige Kräfte am Werke, den Staat auf eine konfessionelle (d. h. katholische) Grundlage zu stellen.

Zur Harzburger Front sagte K., daß sie heute bodenklich wackele, da um die Führung große Streitigkeiten zwischen „Stahlhelm“, HUGENBERG und der NSDAP entbrannt seien. Wenn HITLER und seine Anhänger glaubten, allein an die Macht zu kommen, so würden sie nicht über das im Wege stehende höchste Pferd, das Zentrum, hinwegkommen. Selbst ein BISMARCK sei nicht darüber hinweggekommen. HITLER habe praktisch schon jetzt vor dem Zentrum kapituliert.

Die Stellung zum Sozialismus: der Jungdo will sich mit allen Mitteln dagegen wehren.

Der Schrecken der Arbeiterkinder.

Von einer Lehrerin wird uns folgender Vorfall berichtet: Als die Kinder meiner Klasse sich zu Hause das Thema einer Niederschrift selber wählen konnten, schrieb ein kleines Mädchen:

„Die Nazis machen bei uns Krach und trompeten, das man gar nicht schlafen kan und schimpfen. Am Sonnabend haben die Komunisten gesagt, wir haben eine Versammlung. Da konnte ich nicht schlafen und da habe ich im Bett gezittert.“

Das Kind wohnt in einem Baublock, dessen Bewohner schon mehrere Nächte von Nazis durch Abspornungen, Kontrollierungen und dergleichen belästigt wurden. E. Bl.

Thüringische Regierung zu Fricks Schlebung.

p Weimar, 5. Februar.

Amtlich wird bekanntgegeben: Das Staatsministerium beharrt die versteckte und unwürdige Art, mit der seitens des damaligen thüringischen Innenministers die Beamtenanstellung HITLERS versucht wurde. Zudem habe das Vorgehen Dr. FRICKS einem ausdrücklichen am 15. April 1930 im Beisein Dr. FRICKS gefaßten Beschluß widersprochen, wonach die Staatsregierung nicht die Absicht habe, HITLER den Erwerb der thüringischen Staatsangehörigkeit dadurch zu ermöglichen, daß sie ihn pro forma als thüringischen Staatsbeamten anstelle. Was sagt die bayerische Regierung zu diesem Beamten?

Ein teurer Verwaltungsapparat.

„Die Partei“, Zeitschrift für die Mitglieder der SPD im Bezirk Magdeburg Anhalt, veröffentlicht in der Nummer 1. vom Januar 1932, den Kassenabschluß des Bezirksverbandes für das 3. Quartal 1931.

Danach verteilen sich die organisatorischen Ausgaben des Bezirksverbandes wie folgt:

Politische Wahlen	2 797,66 M
Allgemeine Agitation	24 468,74 M
Verwaltung	48 714,74 M
Rechtsschutz	2 180,54 M
Sonstige Ausgaben	8 292,77 M
	<hr/>
	86 454,45 M

Man betrachte die Höhe der Verwaltungskosten, welche ungefähr 55 Prozent der gesamten Unkosten betragen. Jedes kapitalistische Unternehmen müßte einen derartig kostspieligen Verwaltungsapparat mit der Pleite bezahlen. Der Bezirksverband hat eine Pleite nicht zu befürchten und kann sich darum ungestraft diese Verschwendung der Mitgliedsbeiträge leisten. Schade um die zum Teil sauer verdienten Arbeitergroschen!

In einem Artikel der gleichen Nummer kann man lesen, daß die Verwaltungskosten (Gehälter) gegenüber dem 2. Quartal um 2576,65 Mark gekürzt wurden, während man die Ausgaben für Werbung und Schulung, die doch nur 25 Prozent der Gesamtkosten betragen, um 6630,83 Mark gekürzt hat.

Verkehrsrückgang bei der Reichsbahn.

h Berlin, 5. Februar.

Der Güterverkehr der Deutschen Reichsbahn hat im Dezember 1931 einen bisher nicht gekannten Tiefstand erreicht. Der Rückgang des Güterverkehrs betrug 20 Prozent.

Quittung

Über Spenden für den Pressefonds:

R. B. in Sch.-A. 12 M; W. R. in St. 8 M; K. in B. 3 M; Sammlung H. 25,50 M; H. L. in M. 5,50 M; M. F. in G. 5 M; M. B. in M. 10 M; K. D. in H. 70 M; ISK-Jg. in K. 20 M; A. O. in Sch. 15 M; E. F. in F. 25 M; G. B. in B. 5 M; H. W. in H. 3 M; Erbschaft M. H. in B. 500 M; A. M. in K. 5 M; S. F. in K. 10 M; H. W. in K. 10 M; Sammlung K. 34,68; K. K. in C. 5,28 M; E. Sch. in M. 2,64 M; L. M. in B. 3 M; W. R. in B. 100 M; E. W. in B. 1 M; B. W. in B. 2 M; A. M. in M. 10 M; J. Ph. in B. 25 M; E. H. in B. 5 M; R. R. in M. 30 Dollar; Unbekannt 6 £.

Wir danken allen Spendern herzlich. Weitere Spenden sind sehr erwünscht. Der Verlag des „Funkens“.

dem Jahre 1929, an der Wagengostellung gemessen, fast 32 Prozent. Eine Verkehrszunahme infolge vom 16. Dezember an durchgeführten Tarifenkung war noch nicht bemerkbar.

Die Betriebseinnahmen betragen insgesamt 263,6 Millionen Mark, darunter Personen- und Gepäckverkehr 79,2, Güterverkehr 147,1 und sonstige Einnahmen 37,3 Millionen Mark. Die Einnahmen aus dem Personen- und Gepäckverkehr blieben gegenüber Dezember 1930 um rund 16 Prozent zurück.

Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Sonntag, den 7. Februar.

Berlin:
8.00 Stunde für den Landwirt.
12.10 Orchesterkonzert aus der Volksbühne.
Breslau:
9.35 Dr. SCHICK: Wie liest man den Handelsteil einer Zeitung?
Königs wusterhausen:
15.55 Ausschnitt aus der Papstfeier der Katholischen Aktion, Berlin (Ansprache des Nuntius ORSENGO). (Auch Breslau, Langenberg und München.)
17.30 Junge Generation spricht: Wie kann der erwerbslosen Jugend geholfen werden?
Leipzig:
19.30 WILHELM BUSCH in Sang und Klang.
Mühlacker:
13.15 Russische Volkslieder.
Moskau, Gewerkschaftssender:
20.00 Interview mit Gelehrten, denen die LENIN-Prämie verliehen wurde.

Montag, den 8. Februar.

Berlin:
17.55 Ministerialrat HOCH: Waffenanmeldung bis 15. Februar.
18.20 Dr. REICHERT, Hauptvorstandsmitglied des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, und ERICH ABRAHAM: Probleme der Schwerindustrie.
Hamburg:
18.55 Dr. BIEHL und MAX DREWS: Der Kampf um die Erdölquellen.
Königs wusterhausen:
19.00 Fragen einer Hausfrau an den Reichskommissar für Preisüberwachung. (Gespräch zwischen einem Mitarbeiter Dr. GOERDELSERS und einer Frau.)
Leipzig:
14.00 R. HÖHNE: Jugendliche Erwerbslose auf Deutschlands Landstraßen.
20.30 K. LAUMANN: Die Mandchurei, der Zankapfel im Fernen Osten.
Moskau, Gewerkschaftssender:
20.00 Interview mit einer Stenotypistin: „Wie lebt eine Sowjetangestellte?“

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2,- RM einschließlich Bestellgeld.

Name Ort

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: E. Deppe, Berlin. Verlag: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

ISK

7. JAHRGANG 2. HEFT FEBRUAR 1932

INHALT:

FRIES und KANT über Rüstung, Völkerrecht und Frieden

HANS LEHNERT: Abrüstung, Völkerbund u. Frieden

THEODOR HÜPEDEN: Sozialpolitik und Sozialismus

Zum Nachdenken:

Die schwarze Internationale marschiert:
England: Die Bilanz von 10 Jahren.
Holland: Das konfessionelle Schulwesen.
Belgien: Die Subventionierung kirchlicher Schulen.
Katholische Arbeitslosenbetreuung.

Eindbruch ins Nazi-Lager. — „Rekrutierungsgebiete“ der SPD. Tierquälerei beim Fischfang.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe

Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H. Berlin S 14, Inselstr. 8a

Kohlen-Bust

liefert Brennmaterialien aller Art für Industrie, Gewerbe u. Hausbrand
Zentrale und Hauptlagerplatz
Berlin N 58, Schwedter Str. 82

Verkaufsstellen:
1. N 58, Schönhauser Allee 48
2. N 58, Pappel-Allee 87
3. C 25, Prenzlauer Straße 9
4. NO 18, Waßmannstraße 10 A
5. NO 43, Lietzmannstraße 16/17
Fernsprecher f. alle Verkaufsstellen
D 4 Humboldt 8062

BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen

A. H. TIMMERMANN

Hamburg 24, Papenhuderstr. 9
Telephon: 25 51 42

Arbeiterkinderheim

Müden a. d. Oertze, Kr. Celle, nimmt ab Ostern wieder Kinder auf. Tagessatz 1,20 M, Kinder unter 10 Jahren 1,— M.
Etty Gräffe

Groß-Haushaltungen, Gemeinschaften, Landheime, Ferien-Lager, Schulen u. s. w. erhalten

Reform-Nahrungsmittel zu Ausnahme-Preisen

Bitte, Sonder-Liste anfordern!

FRISCHKOST-REFORMHAUS

Magdeburg
O. v. Guerickestraße 104

A. JANISZEWSKI

BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH



Berlin SO 36, Elisabethufer 28-29
Telefon: Sammeltar F 1 Moritzplatz 5471

druckt Flugblätter, Zeitungen, Zeitschriften und jede Art Geschäftsdrucksachen

Freunde und Leser des „Funkens“!

Unterstützt Eure Zeitung

Werbt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

Theoretisches Rüstzeug für sozialistische Politik:

„Führer-Erziehung als Weg zur Vernunft-Politik“
Von LEONARD NELSON

27 Seiten 80 Pfennige

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag (Postscheckkonto: Hannover 60643)

Verlag „Öffentliches Leben“ / Berlin S

Der Streik in Oberschlesien.

Die Telegraphen-Union meldet aus Kattowitz: Die wilde Streikbewegung in Ostoberschlesien nimmt immer größeren Umfang an. So ist am Freitag früh auch die Belegschaft der FERDINAND-Grube nicht eingefahren. Auf den GIESCHER-Gruben wird weitergestreikt. Auf der KLEOPHAS-Grube in Zalesze kam es am Donnerstag zu Zusammenstößen zwischen den Bergarbeitern und der Polizei.

Die preußische Sparverordnung bleibt in Kraft.

h Berlin, 5. Februar.

Im Hauptausschuß des preußischen Landtages wurden die Anträge auf Aufhebung der Sparverordnung mit 15 Stimmen der Regierungsparteien gegen 13 Stimmen der Opposition bei Enthaltung der Wirtschaftspartei abgelehnt. Der Ablehnung verfielen auch alle Anträge über die pädagogischen Akademien. Es bleibt also bei der Schließung von neun Akademien.

Arbeitslosigkeit in Offenbach.

Die Zahl der verfügbaren Arbeitsuchenden betrug in Offenbach Ende Dezember 1931 insgesamt 21 357 gegenüber 18 626 zu Beginn des Jahres 1931. Das entspricht einer Zunahme von annähernd 20 Prozent, obwohl die Arbeitslosigkeit in Offenbach schon seit Jahren ganz besonders drückend war. Ffm.

Sturm in der Danziger Bucht.

k Danzig, 5. Februar.

Freitag vormittag wütete im ganzen Danziger Küstengebiet eine Sturmflut. Sämtliche Vordünen sind von der Brandung überspült. Die Wellen drängen in die tiefer gelegenen Ländereien. Viele Anlegestellen und Seestege wurden beschädigt. Der Bahnverkehr zwischen Gdingen und Hela ist unterbrochen.

Redeverbot für Klagges.

b Altona, 5. Februar.

Der Polizeipräsident von Altona-Wandsbek hat für den Bereich seines Bezirks angeordnet, daß der nationalsozialistische Minister KLAGGES in öffentlichen Versammlungen weder reden noch anwesend sein darf. KLAGGES sollte in einer Versammlung für GOEBBELS sprechen, dem das Reden und Erscheinen auf dieser Veranstaltung ebenfalls verboten worden ist.

Gefrierfleischzufuhr.

h Berlin, 5. Februar.

Zu dem Reichsratsanspruch gegen das vom Reichstag beschlossene Gesetz über die Gefrierfleischzufuhr betonte als Vertreter der Reichsregierung Ministerialrat KÜRSCHNER im Haushaltsausschuß des Reichstages, daß eine Wiedereinführung des Gefrierfleischkontingents auf dem Lande wie Sprengpulver wirken würde. Die Viehpreise seien seit Januar 1931 nahezu um die Hälfte gesunken, und der Bauer müßte infolgedessen zu Schleuderpreisen verkaufen. Der Ausschuß hat den Einspruch des Reichsrats abgelehnt. Für die Ablehnung traten Sozialdemokraten und Kommunisten ein, die infolge des Fernbleibens der Nationalsozialisten und des Fehlens einiger Vertreter der bürgerlichen Parteien die Mehrheit hatten.

Im Reichstag selbst muß diese Ablehnung des Reichsratsanspruchs mit Zweidrittelmehrheit erfolgen, wenn das vom Reichstag beschlossene Gesetz aufrechterhalten werden soll.

Nach Ablehnung des Reichsratsanspruchs nahm der Haushaltsausschuß mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten einen neuen Gesetzentwurf der Sozialdemokraten an, wonach mit Rückwirkung vom 1. März 1931 jährlich 50 000 Tonnen Gefrierfleisch zollfrei zur Einfuhr zu gelassen werden sollen.

POLIKAI.

Von Leo Tolstoi.

(19. Fortsetzung.) Copyright by Insel-Verlag in Leipzig)

„Er war ganz wie ein Irnsinniger.“

„Ach, rufe ihn doch einmal her! Ich möchte ihn fragen, wie er es gefunden hat. Rufe ihn hierher; ich kann dieses Zimmer nicht verlassen.“

Dunjascha lief und traf den Bauer noch auf dem Flur. Er hatte, ohne die Mütze anzusetzen, seinen Beutel herausgezogen und band ihn, gebückt dastehend, auf; das Geld hielt er zwischen den Zähnen. Er schien die Vorstellung zu haben, solange das Geld nicht in seinem Beutel sei, gehöre es ihm nicht. Als Dunjascha ihn rief, erschrak er.

„Was ist Awdotja . . . Awdotja Nikolajewna? Will sie es wieder zurückhaben? Legen Sie doch für mich ein gutes Wort ein; ich bringe Ihnen auch Honig, wahrhaftig.“

„Ja, du bist mir der Rechte!“

Sie machte die Tür wieder auf und führte den Bauer zur gnädigen Frau. Es war ihm trüb zumute. „O weh, sie nimmt ihr Geschenk zurück!“ dachte er, während er, die Beine wie in hohem Grase hoch aufhebend und bemüht, mit seinen Bastischuhen nicht zu poltern, durch die Zimmer ging. Er begriff nichts und sah nichts von dem, was ihn umgab. Er kam an einem Spiegel vorbei; er sah: da waren irgendwelche Blumen, ein Bauer in Bastischuhen, der die Beine sehr hoch hob, das ein Porträt eines Herrn mit einem Augengläse, ein grüner Kübel und etwas Weißes . . . Und siehe da, dieses Weiße fing an zu sprechen: es war die gnädige Frau. Er verstand nichts; er machte nur die Augen weit auf. Er wußte nicht, wo er war; alles lag wie in einem Nebel vor ihm.

„Du bist es, Dutlow?“

„Jawohl, gnädige Frau. So, wie es war, habe ich es angerührt gefassen.“ sagte er. „Ich will meines Lebens nie wieder froh werden; ich schwöre es bei Gott! Ich habe das Pferd zusehender geliegt, um schnell herzukommen . . .“

„Nun, da hast du Glück gehabt.“ sagte sie mit einem geringschätzigen, aber gutmütigen Lächeln. „Behalte es für dich!“

Er konnte nur die Augen noch weiter aufreißen

Brief aus Frankreich.

Vom Kongreß der sozialistischen Partei Frankreichs.

G. K. Paris, Anfang Februar.

Am 30. und 31. Januar tagte der Kongreß der französischen Sozialdemokraten.

Er begann so:

Erster Punkt der Tagesordnung: Halbstündige Debatte über die Vorschläge des Vorstandes und über die endgültige Festsetzung der Tagesordnung. Da niemand das Wort wünschte (es waren etwa 250 Delegierte anwesend), wurde dieser Punkt als erledigt angesehen. Zweiter und dritter Punkt der Tagesordnung: Ernennung von zwei Kommissionen. Ohne Diskussion wurden die Vorschläge des Vorstandes angenommen. Viertes Punkt: Debatte über das Wahlprogramm und die Festsetzung der Wahlparolen. Zu diesem Punkt sprach nur LEON BLUM, der Vorsitzende der Partei, der sich von Zeit zu Zeit von den Delegierten die Erlaubnis einholte, weiter reden zu dürfen, was ihm gern gewährt wurde.

BLUM führte in seiner Rede u. a. folgendes aus: Als Wahlparolen haben wir aus dem Parteiprogramm und dem Wahlprogramm von 1928 das herausgenommen, was sich am besten dafür eignet, eine möglichst große Zahl von Menschen an uns heranzuziehen. Von folgenden Punkten glauben wir, daß sie diesen Zweck am besten erfüllen: Wir werden arbeiten: 1. gegen den Krieg; 2. gegen die Krise; 3. gegen die Spekulation; 4. gegen die Anarchie in der Produktion; 5. gegen die Unwissenheit der Massen; 6. für das Proportionalwahlssystem und das Frauenwahlrecht. BLUM bemerkte ausdrücklich, daß die Partei nicht beabsichtige, sich in ihren Parolen für die Erreichung des Sozialismus einzusetzen; es sei nicht nötig, dies immer zu wiederholen, da diese Parole selbstverständlich und allgemein bekannt sei.

Ich konnte mich des Eindrucks nicht erwehren, daß hinter diesen Worten BLUMS die Absicht der Führer der sozialistischen Partei steht, Wähler, Wähler an sich zu ziehen; daß wir in der Wahlzeit den ebenso lächerlichen wie beschämenden Anblick einer sozialistischen Partei genießen werden, die nicht sagt, daß sie für den Sozialismus ist.

BLUM hat trotz seiner langen Ausführungen keinen einzigen praktischen Vorschlag für die Durchführung seiner sechs Punkte gemacht, kein Wort, wie er sich die Bekämpfung der Kriegsgefahr oder der Krise denkt.

Mit dieser Rede des ersten Vorsitzenden war die erste Sitzung des Kongresses beendet. Mein Gesamteindruck: Die Delegierten ließen sich völlig vom Vorstand dirigieren, der sie ohne Mühe in der von ihm gewünschten Richtung leitete. Der Vorstand schien überhaupt dem Kongreß keine große Bedeutung beizulegen. Der Saal war ungeheizt; keine roten Fahnen; der Beginn fast zwei Stunden zu spät. In der Tat war der Kongreß nicht wichtig. Das Interesse war gering; von Begeisterung war nichts zu spüren.

Das bestätigten auch die beiden anderen Sitzungen des Kongresses. Am 30. nachmittags stand die Wahltaktik zur Debatte, am 31. wurden die Resolutionen diskutiert. In diesen Debatten wurde nichts gesagt, was nicht schon jeder wußte.

In der Debatte über die Wahltaktik gab es zwei Richtungen: RENAUDEL und seine Freunde vom rechten Flügel waren dafür, auch für den ersten Wahlgang schon Koalitionen zuzulassen und auch beim zweiten Wahlgang nicht zu Gunsten eines Kommunisten zu verzichten. Die Linke verlangte dagegen Aufrechterhaltung der jetzt geltenden Bestimmungen. Ihr Antrag wurde angenommen. Es bleibt also dabei, daß im ersten Wahlgang überall sozialistische Kandidaten aufgestellt werden, und daß die Partei im zweiten Wahlgang auf eigene Kandidaten verzichtet, wenn dadurch die Reaktion geschlagen werden kann. Solcher Verzicht soll stattfinden zu Gunsten eines nicht-reaktionären Kandidaten, der mehr Stimmen erhalten hat als der eigene, ganz gleich, ob dieser Kandidat rechts oder links von der Partei steht.

Für den Fall, daß der zweite Wahlgang aufgehoben wird, wird die Parteileitung wahrscheinlich schon für den ersten, dem einzigen Wahlgang das vorschlagen, was jetzt für den zweiten gilt.

Selbst die äußerste Linke der Partei, die „action socialiste“, konnte diesem ermüdenden Kongreß nicht mit irgend welchen oppositionellen Debatten zum Leben verhelfen. Sie stellte ihr Programm auf, aber auch sie enthielt sich jeglichen praktischen Vorschlags. Sie stimmte sogar dem einstimmig angenommenen Vorschlag zu, die Abfassung eines Aufrufs an die kommunistischen Arbeiter Frankreichs dem Parteivorstand zu überlassen, in dem Leute wie RENAUDEL und andere „Gemäßigte“ einen gewichtigen Einfluß haben. Man kann sich denken, wie dieser Aufruf aussehen wird.

Insgesamt stellte die französische sozialdemokratische Partei auf diesem Parteitag das Bild eines Wahlvereins dar, in dem die Ehrgeizigen und die sich gern reden hören, ihre Rollen abspielen, und in dem die Linke geduldet wird, weil sie in der Praxis die Rechte gewähren läßt.

Ein bekannter Gewerkschafter sagte neulich zu mir: Die Linke in der Partei lebt in der reinen Theorie des Marxismus und begründet damit ihre Faulheit; die Rechte macht Verständigungspolitik mit dem Bürgertum und beweist damit ihre Gefährlichkeit. — Ein trauriges und erschütterndes Wort über eine große Arbeiterpartei!

Einheitsfront unmöglich.

In Belfort hatte sich ein Einheitskomitee aus Vertretern aller Linksparteien, aller Gewerkschaften, der Liga für Menschenrechte und anderer Verbände gebildet, um gegen die Behandlung des Kommunisten LUCIEN CARRE zu kämpfen, der wegen kommunistischer Propaganda im Heer in eine Straf- abteilung in Nordafrika versetzt worden war. Hier war also wirklich einmal die Einheitsfront gelungen. Das Komitee hielt am 25. Januar eine große Versammlung ab, in der die Vertreter aller Organisationen sprachen und die Notwendigkeit der Einheitsfront betonten.

Da erschien plötzlich ein besonders aus Paris gesandter Vertreter des Zentralkomitees der KJ, der von der Tribüne dieser Versammlung herab die Einheitsfront verurteilte, die Sozialisten und nicht-kommunistischen Gewerkschafter beschimpfte und seinen eigenen Genossen eine Rüge dafür erteilte, daß sie sich mit den Verrätern der Arbeiterklasse eingelassen hatten. Natürlich gab es heftige Proteste, die Versammlung löste sich in Chaos auf, das Einheitskomitee zerfiel, nur die Vertreter der KP und der revolutionären Gewerkschaften sind geblieben. Es handelte sich hier um einen Versuch, sich für einen Kommunisten einzusetzen, der wegen kommunistischer Propaganda bestraft war. Nicht einmal das will die Zentrale zulassen.

Ein vernünftiger Vorschlag.

In der Zeitschrift „La Lumière“ („Das Licht“), die ihrem Namen an diesem Tage alle Ehre machte, stand am 30. Januar ein ausgezeichnete Vorschlag. Sie teilte ihren Lesern mit — sie verfügt über einen Leserkreis von etwa 20 000 Abonnenten —, wie man die 12 Milliarden Franken, die Frankreich gemäß dem Budget für 1932/33 direkt für Rüstungszwecke vorgesehen hat, besser verwenden könne. Mit diesen 12 Milliarden könnte man gleichzeitig: 1. zwanzig große wissenschaftliche Institute mit insgesamt 4000 Gelehrten unterhalten, die Amortisation der Baukosten eingerechnet; 2. 100 Krankenhäuser mit je 1000 Betten unterhalten, ebenfalls die Amortisation der Baukosten eingerechnet; 3. für 200 000 Personen Alterspensionen oder Altersheimen schaffen; 4. 500 000 Kinder einen Monat lang in eine Ferienkolonie senden; 5. 300 000 Schüler und Studenten völlig unterhalten; 6. 200 Sanatorien mit je 300 Betten einrichten, wiederum die Amortisation der Baukosten eingerechnet; 7. 200 000 Frauen eine Geburtenhilfe von je 2000 Franken geben; 8. Wohnungen für 100 000 Personen errichten, und zwar in modernen, gesunden Häusern; 9. einen Beitrag von etwa 2 Milliarden Franken für den Unterhalt einer internationalen Polizei zahlen, zu der andere Länder entsprechend beitragen müßten.

Menschlichkeit und ökonomische Einsicht in einem trefflichen Bunde!

„Ich freue mich, daß es dir zugefallen ist; gebe Gott, daß es dir zum Segen gereicht! Nun, freust du dich?“

„Wie sollte ich mich nicht freuen? So sehr freue ich mich, Mütterchen! Ich werde auch immer für Sie beten. Ich bin so froh darüber, daß unsere gnädige Frau Gott sei Dank am Leben ist. Aber ich habe auch das Meinige dazu getan.“

„Wie hast du es denn gefunden?“

„Ich meine, ich habe mir zum Vorteil der gnädigen Frau immer ehrlich alle Mühe gegeben, geschweige denn, daß ich . . .“

„Er ist ganz wirr im Kopfe geworden, gnädige Frau.“ sagte Dunjascha.

„Ich hatte meinen Neffen als Rekruten weggebracht, und wie ich zurückkehrte, da fand ich es auf der Landstraße. Polikai muß es zufällig verloren haben.“

„Nun, dann geh, lieber Mann! Ich freue mich.“

„Ich freue mich so, Mütterchen! . . .“ sagte der Bauer.

Dann fiel ihm ein, daß er sich noch nicht bedankt und sich nicht so zu benehmen verstanden hatte, wie es schicklich gewesen wäre. Die gnädige Frau und Dunjascha lächelten; er aber ging wieder wie in hohem Grase und mußte sich Gewalt antun, um nicht Trab zu laufen. Denn er hatte immer noch die Vorstellung, man werde ihn im nächsten Augenblick noch einmal anhalten und ihm das Geld wieder abnehmen . . .

Vierzehntes Kapitel.

Als Dutlow ins Freie gekommen war, ging er von dem Wege ab nach den Linden hin, band sich sogar den Gurt ab, um bequemer zu seinem Geldbeutel kommen zu können, und begann, das Geld hineinzustecken. Seine Lippen bewegten sich lebhaft, indem sie sich in die Breite und auseinander zogen, obgleich er nicht den geringsten Laut von sich gab. Nachdem er das Geld hineingetan und sich wieder umgürtet hatte, bekreuzte er sich und ging wie ein Betrunkener hin und her taumelnd auf dem Wege dahin; so sehr war er mit den Gedanken beschäftigt, die plötzlich seinen Kopf erfüllten. Auf einmal erblickte er vor sich die Gestalt eines Bauern, der ihm entgegenkam. Er rief ihm an: es war Jefim, der mit einem Knüttel als Wächter beim Gesindehause auf und ab ging.

„Ah, Onkel Semjon.“ rief Jefim erfreut und trat näher; es war ihm unheimlich so allein. „Nun, habt ihr die Rekruten hingebacht, Onkelchen?“

„Ja, Was machst du denn hier?“

„Ich bin hier als Wächter für Polikai aufgestellt, der sich erhängt hat.“

„Wo ist er denn?“

„Da, auf dem Boden soll er hängen.“ antwortete Jefim und zeigte mit seinem Knüttel im Dunkeln nach dem Dache des Gesindehauses.

Dutlow blickte nach der Richtung, die Jefims Arm wies, und obgleich er nichts sah, runzelte er doch die Stirn, kniff die Augen zusammen und wiegte den Kopf hin und her.

„Der Landkommissar ist gekommen.“ fuhr Jefim fort; „der Kutscher hat es gesagt. Gleich werden sie ihn abnehmen. Angst und Bange wird einem bei Nacht, Onkelchen. Um keinen Preis gehe ich in der Nacht nach oben, wenn sie es mir befehlen sollten. Und wenn mich Jegor Michailowitsch zu Tode prügelt, ich gehe nicht hin.“

„So eine Sünde, so eine Sünde!“ erwiderte Dutlow, offenbar nur ausand-halber; in Wirklichkeit dachte er gar nicht an das, was er sagte, und wollte seines Weges weitergehen. Aber die Stimme Jegor Michailowitschs hielt ihn zurück.

„Heda, Wächter, komm mal her!“ rief Jegor Michailowitsch von der Freitreppe des Kontors aus.

Jefim antwortete:

„Was stand denn da bei dir noch für ein Bauer?“

„Dutlow.“

„Komm du auch mal her, Semjon!“

Als Dutlow näher gekommen war, erblickte er beim Schein einer Laterne, die der Kutscher trug, Jegor Michailowitsch und einen Beamten von kleiner Statur, in einem Mantel, auf dem Kopfe eine Uniformmütze mit einer Kokarde; das war der Landkommissar.

„Der Alte hier kann auch mit uns mitgehen“, sagte Jegor Michailowitsch, als er ihn sah.

Der Alte ließ den Kopf hängen, aber es war nichts dagegen zu machen.

„Und du, Jefim, junger Kerl, lauf mal auf den Boden, wo der sich aufgehängt hat, und bring' die Leiter in Ordnung, damit Seine Wohlgeboren hinaufsteigen können.“

(Fortsetzung folgt).

1,4 Milliarden Menschen klagen an!

Die „weiße Gefahr“.

Rund zwei Milliarden Menschen bevölkern den Erdball. Davon sind etwa 600 Millionen „Weiße“ und rund 1,4 Milliarden sogenannte „Farbige“.

Die weiße Rasse hat die übrigen zwei Drittel der Menschheit seit Jahrhunderten unterdrückt. Gerade heute, wo in Indien und China wieder einmal der Imperialismus ungezählte Blutopfer fordert, ist eine grundsätzliche Betrachtung über diese „weiße Gefahr“ am Platze.

Warum quält Ihr mich?

Wie die Menschen der unterdrückten Rassen den Schmerz der Versklavung und Demütigung empfinden, zeigen die folgenden Gedichte amerikanischer Neger¹⁾:

Versklavt.

Denk ich an meiner Rasse lange Qualen,
wie sie gelebt, von jedem Recht verbannt,
versklavt, verhöhnt, gelyncht zu tausend Malen
in diesem westlich großen Christenland,
und in dem eignen schwarzen Land verlassen,
beraubt um angeborenes Recht und Glück:
Mein Herz wird schwer wie Blei und krank von Hassen
um meines heimatlosen Volks Geschick.
Dann aus der Seele nächstlich tiefsten Gründen
zum Racheengel rasend ruft mein Mund:
Der Weißen Wunderwelt soll ganz verschwinden,
hinabgerissen in der Erde Schlund,
oder ein rauchend Stühncooper sein,
mein Volk vom alten Joche zu befreien.

(CLAUDE MCKAY.)

Ihr Weißen!

Ich haß Euch nicht,
auch Ihr seid schön,
ich haß Euch nicht,
denn Kraft und Licht
blitzt auch aus Eurem Angesicht.
Doch warum quält Ihr mich?
Ihr starken Weißen,
warum quält Ihr mich?

(LANGSTON HUGHES.)

Alle Menschen weißer Rasse werden hier angeklagt, und mit Recht. Zwar wird auch die weiße Rasse nur von einer schwachen Minderheit beherrscht. Und für die Versklavung der „farbigen“ Rassen sind in erster Linie verantwortlich die weißen Kapitalisten, die nicht nur das Proletariat der weißen Rasse, sondern auch die nicht-weißen Rassen ausbeuten. Aber das schließt nicht aus, daß das Proletariat der weißen Rasse nur so lange das Recht hat, den von ihm geführten Klassenkampf einen gerechten Kampf zu nennen, als es nicht selber zum Nutznießer der Versklavung jener 1,4 Milliarden nicht-weißer Menschen wird.

Wie steht es in dieser Hinsicht mit dem europäischen Proletariat von heute, mit diesem Proletariat, das heute durch Weltkrieg, Inflation und durch die Weltwirtschaftskrise mit ihrer furchtbaren Arbeitslosigkeit niedergedrückt ist: wie steht es um sein Verhältnis zu jenen nicht-weißen Rassen und Völkern?

Machen wir uns zunächst die geschichtlichen und volkswirtschaftlichen Zusammenhänge klar, um das Wesen der imperialistischen Wirtschaftsgesellschaft zu erkennen

Raub und Handel.

Die kapitalistischen Staaten Europas haben im Laufe der letzten 3/4 Jahrhunderte die Erde erobert und sich wirtschaftlich tributpflichtig gemacht. Seit einigen Jahrzehnten nehmen die U.S.A. und Japan an dieser Eroberung teil.

Zuerst haben die Europäer die unterworfenen Völker ausgeraubt. Auf die Dauer aber erwies sich der Raub als unrentabel, weil er den Unterworfenen die Neuerstellung von Gütern unmöglich macht, die man ihnen dann wieder wegnehmen kann. An die Stelle des Raubes ist darum bald der Handel getreten, der sich zunächst vom Raub nur gradweise unterschied, als die Europäer nämlich wertlose Glasperlen für wertvolle Kolonialgüter hingaben.

Der durch die politische Macht der Eindringlinge unterstützte Handel hat in den Kolonialländern das einheimische Gewerbe vernichtet und — insbesondere in Britisch-Indien — die Handwerker in die Landwirtschaft zurückgedrängt. Er hat auf der anderen Seite die kapitalistischen Länder — vor allem England! — stark bereichert und dadurch Englands Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt erhöht. Dies war die erste Periode der kapitalistischen Kolonialpolitik.

Kapitalexport.

In der zweiten Periode fingen die kapitalistischen Länder an, neben den Waren auch Kapital (Ersparnisse) zu exportieren. Das geschah in der Weise, daß Maschinen und Produktionsmittel aller Art nach Uebersee geliefert, daß Eisenbahnen und Fabriken dort errichtet wurden, ohne daß unmittelbar dafür Bezahlung erfolgte. Entweder wurden die Fabriken drüben von den europäischen Kapitalisten selber betrieben, oder es wurden hier in Europa Anleihen für die betreffenden außereuropäischen Staaten aufgenommen oder Aktien für Gesellschaften ausgegeben, die dann drüben den Betrieb der Eisenbahnen oder Fabriken übernahmen. In den kapitalistischen Ländern wurden die Ersparnisse hierdurch vorübergehend vermindert. Aber in Indien und China, in der Türkei und in Südafrika wurden größere Profite mit dem Kapital gemacht, als es in Europa möglich ge-

¹⁾ „Afrika singt. Eine Auslese neuer afro-amerikanischer Lyrik.“ Herausgegeben von ANNA NUSSBAUM. 1929.

wesen wäre. Dieser erhöhte Profit vergrößerte, soweit er beispielsweise nach England hereinkam, das Kapital (die Ersparnisse) der englischen Kapitalisten. Dieses wurde größer, als es ohne die koloniale Ausbeutung gewesen wäre. Infolgedessen konnten die englischen Unternehmer besser als vorher rationalisieren und billiger produzieren.

Diese Tatsache zeigt uns, daß das Land, das in der Kolonialpolitik zeitlich einen Vorsprung hat, für seine Wirtschaft große Vorteile auf dem Weltmarkt gewinnt: seine Industrie kann sich einen vergrößerten Absatz erobern. Seine Reservearmee wird geringer und die Real-löhne werden höher sein als in anderen Ländern. So genießt dieses Land mit allen seinen Bewohnern infolge der Kolonialausbeutung eine Vorzugsstellung: die Kapitalisten machen größere Profite und die Arbeiter nehmen durch höhere Löhne am Vorteil der Kapitalisten teil.

Zwei Klassen von Völkern.

In dieser Periode sind also in den kapitalistischen Staaten die Kapitalisten und die Arbeiter Nutznießer der imperialistischen Ausbeutung der Kolonialländer und der noch-nicht-kapitalistischen Länder. Und da alle kapitalistischen Staaten mehr oder weniger teilnehmen an der imperialistischen Kolonialausbeutung, so wird durch das Eindringen der Kapitalisten in das Gebiet der nicht-kapitalistischen Staaten, durch den imperialistischen Vorstoß, die ganze Welt in zwei Klassen von Völkern gespalten: in kapitalistische Ausbeuter-Nationen und in proletarische Ausgebeuteten-Nationen.

In jedem dieser Völker gibt es wiederum wirtschaftliche Ausbeuter und wirtschaftliche Ausgebeutete. Aber das hindert nicht, daß in den kapitalistischen Ausbeuterstaaten auch die Arbeiter Nutznießer der imperialistischen Ausbeutung sind.

Auch die weißen Proletarier sind schuldig!

Wenn wir uns dies klar machen, werden wir uns voller Scham bewußt, warum in weiten und gerade in führenden Kreisen der Arbeiterbewegung das Verständnis und das Solidaritätsgefühl fehlt gegenüber den Proletariern in den Kolonialländern. Wessen Solidaritätsgefühl nur von wirtschaftlichen Rücksichten bestimmt wird, der wird als Nutznießer der imperialistischen Klassenscheidung unter den Völkern den eigenen Kapitalisten nicht stören in der imperialistischen Ausbeutung der unterdrückten Nationen. Ja, er wird sich unter Umständen sogar dazu hergeben, die Unterdrückung dieser Völker zu rechtfertigen, indem er sie „rückständig“ schilt.

Laßt uns daran arbeiten, die Niedertracht solchen Handelns und solcher Gesinnung auszurotten unter der Arbeiterschaft. Laßt uns das Rechtsgefühl stärken in unseren Reihen und das Bewußtsein wecken, daß wir gar kein Recht haben, uns zu beschweren darüber, daß wir selber von Kapitalisten ausgebeutet werden, solange wir uns nicht frei gemacht haben von der Ueberheblichkeit gegenüber den gelben, braunen und schwarzen Menschenbrüdern in China, Indien und Afrika.

Die Hungerkonkurrenz der asiatischen Proletarier.

Ich spreche immer noch von der zweiten Periode des imperialistischen Zeitalters. In dieser Zeit zieht also neben dem Kapitalisten auch die Arbeiterschaft der kapitalistischen Länder Nutzen aus der imperialistischen Ausbeutung. Es handelt sich aber hierbei nur um eine vorübergehende Periode, an deren Ende wir heute ungefähr angelangt sind.

Infolge der Ausfuhr von Produktionsmitteln aus den kapitalistischen Ländern nach China und Indien, Südafrika und anderen Kolonialgebieten ist nämlich dort

Bestellungen der Sowjet-Union in Deutschland 1931.

Nach Angaben der Berliner Sowjet-Handelsvertretung beliefen sich die Bestellungen der Sowjetorgane in Deutschland 1931 auf 426 Millionen Rubel gegenüber 262 Millionen Rubel im Vorjahr. 27 Prozent der Bestellungen entfielen auf Bergbau- und Hüttenbedarf und Transportmittel, 21 Prozent auf Metalle, 15 Prozent auf Werkzeugmaschinen. — Im dritten Vierteljahr 1931 rückte die Sowjet-Union an die zweite Stelle der Abnehmerländer Deutschlands.

Kapitalisten beklagen sich bitter!

Auf der Generalversammlung der Canadian Pacific Eisenbahn wurden bittere Klagen der sich benachteiligt fühlenden Kapitalisten laut: Die Dividende der Gesellschaft wurde für das vergangene Jahr von 10 auf 5 Prozent herabgesetzt, während die Löhne der Arbeiter nicht herabgesetzt wurden, sondern vielmehr, infolge der Senkung der Lebenshaltungskosten, im Realwert um etwa 16 Prozent gestiegen sind.

Herr Goerdeler als Statistiker.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung machte der Presse unter anderem folgende Angaben: Der Lebenshaltungsindex ist seit der Bildung des Preiskommissariats um 6,3 Prozent zurückgegangen. „Bekanntlich“ sollten die Löhne nicht unter den Januarstand 1927 heruntergedrückt werden; seit Januar 1927 sind die Lebenshaltungskosten um 14 Prozent gefallen. — Glaubt Herr GOERDELER wirklich, seine Tätigkeit so rechtfertigen zu können? Ist ihm nicht bekannt, daß sogar Tariflöhne unter den Stand vom Januar 1927 herabgedrückt worden sind und daß die Löhne (einschließlich übertariflicher Zulagen, unter Berücksichtigung der höheren Steuern und So-

eine eigene Industrie entstanden, die dank der kolonialen Hungerlöhne den alten kapitalistischen Ländern Konkurrenz macht auf dem Weltmarkt, und schließlich in den kapitalistischen Ländern selber. Im gleichen Maße, in dem die chinesische und indische Industrie billiger produziert als die englischen und die deutschen Unternehmen, verlieren England und Deutschland einen Teil ihrer Absatzmärkte. Nun brauchte zwar die Industrialisierung Chinas, Japans und wichtiger Kolonialländer nicht zu einer dauernden Schwächung der Industrie-Ausfuhr europäischer und amerikanischer Länder zu führen. Es könnte ja eine neue Art der Arbeitsteilung zwischen den Völkern sich herausbilden. Aber durch die kapitalistischen Monopole in den Ländern und durch die kapitalistischen Hochschutzzölle zwischen den Ländern ist der natürliche Austausch gestört. Und so ist die fortschreitende Industrialisierung in China, Indien und Japan von wesentlichem Einfluß gewesen auf das Steigen der Arbeitslosigkeit und der Reservearmee in England, Deutschland und anderen kapitalistischen Staaten.

In Shanghai beträgt das Durchschnittseinkommen des erwachsenen männlichen Arbeiters 20 bis 30 Mark im Monat. Der indische Arbeiter verdient vielfach noch weniger. Da ist es kein Wunder, daß die Arbeiter in den kapitalistischen Ländern unter der Hungerkonkurrenz der Kolonialproletarier leiden, zumal diese ausgehungerten Massen ja nicht in der Lage sind, europäische Industrieprodukte zu kaufen.

Der Konkurrenzkampf zwischen den alten kapitalistischen Ländern und den mitten im Industrialisierungsprozeß stehenden Kolonialländern wird erst dann zur Ruhe kommen, wenn die Löhne hier und dort an einander angeglichen sind. Entweder werden die Löhne und Arbeitsbedingungen in Europa herabgedrückt werden auf das Niveau in Indien und China, oder die Löhne dort werden gehoben werden. Es liegt darum heute auch im wirtschaftlichen Interesse der europäischen und amerikanischen Proletarier, den Proletariern in den Kolonialländern zu helfen bei der Besserung ihrer furchtbaren Lage.

Der Sozialismus als internationale Aufgabe.

Das Ziel des Sozialismus ist die Verwirklichung einer ausbeutungsfreien Gesellschaft auf der ganzen Erde. Es gibt für den Sozialisten nur einen unüberbrückbaren Unterschied zwischen den Menschen: das ist die Kluft zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten. Die Ausbeuter sind unsere Gegner, welcher Rasse sie angehören, welche Hautfarbe sie haben, welche Sprache sie sprechen mögen. Die Ausgebeuteten sind unsere Brüder und Genossen, welcher Farbe sie sein und welche Völkerverständnis sie erhalten haben mögen.

Die Aufgabe des Sozialismus ist also von vornherein eine internationale. Sie erstreckt sich auf die ganze Menschheit und wird deshalb am zweckmäßigsten einer Partei anvertraut, die wohl nationale Sektionen hat, aber selber international, und nicht nur dem Worte nach, ist.

Internationale Organisation — politisch und wirtschaftlich —, internationale Gesinnung, internationale Solidarität und internationale Aktivität, das sind die Aufgaben, die sich für den Sozialisten aus dieser Betrachtung ergeben. Und all dies gilt für uns Europäer nicht nur gegenüber den dunkelhäutigen Proletariern in außereuropäischen Erdteilen, sondern auch gegenüber den Proletariern anderer europäischer Staaten. Der französische und englische Proletarier und der indische Kuli, sie stehen uns näher als die deutschen Panzerkreuzerpolitiker. Trotz aller Anfeindung und nationalistischen Verhetzung behält also das alte Wort seine Gültigkeit: „Proletarier aller Länder, vereint Euch!“

Karl Hinkel.

zialversicherungsbeiträge) sämtlich unter den Stand vom Januar 1927 herabgedrückt worden sind? Es kommt hier überdies lediglich darauf an, die jetzt erfolgte Kürzung der Löhne um 10 bis 15 Prozent mit jener Senkung der Lebenshaltungskosten um 6,3 Prozent zu vergleichen. Die Vergleichung zeigt deutlich, daß die Massenkaufkraft hier neuerdings sehr stark beschnitten worden ist. Die Folgen — erhöhte Arbeitslosigkeit — bleiben ja auch nicht aus.

Merken wollen wir uns ein anderes Ergebnis der statistischen Arbeit von Herrn GOERDELER: Er sagt, in der deutschen Wirtschaft gebe es 56 000 gebundene Preise. Daraus ergäben sich „gewisse Schwierigkeiten“. Das wollen wir ihm gerne glauben!

Baut neue Lokomotiven!

Macht nicht mehr so viele Reparaturen bei der Reichsbahn! Wendet während der nächsten zwei bis drei Jahre 45 Millionen Mark weniger für die Ausbesserung alter Lokomotiven auf; für denselben Betrag könnt Ihr von uns 800 bis 900 neue Lokomotiven kaufen. — Diesen Vorschlag macht die Lokomotivindustrie an die Deutsche Reichsbahn, weil die ausländischen Eisenbahnverwaltungen sparen und keine Lokomotivbestellungen herausgeben. Deutschland ist ja bekanntlich ein so reiches Land, daß es von der Reichsbahn geradezu unanständig knauserig wäre, alte Lokomotiven auszubessern statt moderne Lokomotiven zu kaufen und dabei der Schwerindustrie und den Lokomotivfabriken zu verdienen zu geben. Ueberdies entfielen bei Verwendung von 45 Millionen Mark zu Reparaturarbeiten ein größerer Betrag unmittelbar auf Arbeiterlöhne, als bei der Produktion neuer Lokomotiven. Auch das würde ja der Politik, die Industriellen zu subventionieren und die Arbeiter dafür zahlen zu lassen, geradewegs widersprechen. Also: Baut neue Lokomotiven!